

Erstausgabe täglich außer Montags.
Abonnement-Preis für Berlin:
Vierteljährlich 2,50 M., monatlich
1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei
im's Haus. Einzelne Nummern
10 Pf. Sonntags-Nummer mit
Wochenschrift-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
2,50 M. pro Quartal. Unter Vorzug
band: Deutschland u. Oesterreich-
Ungarn 3 M., für das übrige
Ausland 3 M. pr. Monat. Einget.
in der Post-Regierung-Preisliste
für 1892 unter Nr. 6652.

Vorwärts

Intensions-Gebühr beträgt für die
fünftägige Zeitungs- oder deren
Raum 40 Pf., für Vereins- und
Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis 4 Uhr Nachmittags in
der Expedition abgegeben werden.
Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn-
und Festtagen bis 9 Uhr Vor-
mittags geöffnet.

Vertrags-Anschluss:
Amt 1, Nr. 4184.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 20. Mai 1892.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Verleumdungs- Epidemie.

Durch die nationalliberale Presse geht, mit obigem
Titel versehen, nachstehender Leitartikel:

Es ist unzweifelhaft, daß der reisende Ahas, den die
Schmähchriften des Vektors Ahlwardt gesunden haben, und
der starke Zubrängung sensationslüsterner Elemente zu den von
ihm abgehaltenen öffentlichen Versammlungen stimulierend auf
dessen Verleumdungsdrift eingewirkt haben. Noch unter dem
frischen Eindruck einer Gerichtsverhandlung, in der er selbst
als Schlepper eines jüdischen Titelschachers auf das Nergrig
blöthgestellt wurde, findet er den Muth, im Namen des Deutsch-
thums auf Neus als Ankläger des Judenthums aufzutreten.
Wie wäre das Alles möglich und denkbar ohne die stille, ge-
heimen, aber wirksame Unterstützung der Leute, die seinen Ent-
scheidungen Beifall spenden? — Sehr mit Recht hat das „Konst.
Wochenblatt“ ausgeführt, daß das Piedestal, auf dem Herr Ahl-
wardt steht, geschaffen wird von Leuten, die durch vieldeutige Ge-
berden oder, wie die „Kreuz-Zeitung“ und die „Konst. Korr.“
das thun, durch vieldeutige Anspielungen der Meinung Vorschub
leisten, als ob in der That an den ungeschwerlichen, wahn-
wichtigen Beschuldigungen, die jetzt verbreitet werden, etwas
Wahres wäre. Ohne diese geheime Unterstützung würde Herr
Ahlwardt schwerlich die Rolle haben spielen können, in der er
sich jetzt gefällt. Man sollte sich übrigens hüten, die Dinge
allzu tragisch zu nehmen. Der gesunde Zustand unseres staat-
lichen und gesellschaftlichen Organismus wird uns auch diese
Verleumdungsepidemie überwinden lassen, wie wir unmittelbar
nach dem großen Aufschwung des Jahres 1870 bis 1871 die
weit giftigere Verleumdungsperiode überwunden haben. Nur
bei wirklich verrotteten Verhältnissen könnten Vorgänge, wie
wir sie jetzt erleben, ernstliche Gefahren nach sich ziehen.

Und gleichzeitig finden wir in der Münchener „All-
gemeinen Zeitung“ einen Leitartikel, betitelt „Moderne Ge-
schichtsfälschungen“, in dem der Ex-Reichskanzler als das
Opfer schwerer Verleumdungen hingestellt wird.

Es liegt eine Art Nemesis darin, daß die Klasse und
der Mann, welche im Punkte der Verleumdung und Ge-
schichtsfälschung das Menschenmögliche — und mehr als
das Mögliche — geleistet haben, sich nun ihrerseits über
Verleumdungen und Fälschungen beschweren.

Was die Ahlwardterei angeht, so haben wir unsere
Meinung längst gesagt. Es gereicht uns zur lebhaftesten
Schadensfreude, daß die Muth, die man gegen Andere ge-
bunden, nun auf dem Rücken wenigstens eines Theiles der
Binder so lustig herumtanzt. Die Stöckeri und Ahlwardterei
ist von Bismarck großgezogen worden, und zwar mit
Billigung und Unterstützung des liberalen deutschen
Bürgerthums.

Die nationalliberale Entrüstung über die „Verleum-
dungs-Epidemie“ ist natürlich nicht ernst zu nehmen, wenn
der Kerger der Deutschen auch echt sein mag — es ist ein
Stück politischer Heuchelei der abscheulichsten Sorte. Oder
haben etwa nicht gerade die Nationalliberalen unter allen
politischen Parteien Deutschlands allezeit das Verleumdungs-
geschäft auf Schwunghafte und ohne jegliche Rücksicht

und Scham betrieben — und betreiben es noch? Dieselben
Blätter und Personen, die jetzt ob der Ahlwardt'schen
„Judensinten“ die Hände über dem Kopf zusammen-
schlagen, haben — von anderen Lügen und Verleumdungen
abgesehen — seit einem Vierteljahrhundert Schicht um
Schicht der niederträchtigsten und unsinnigsten Verleum-
dungen bergehoch auf die sozialdemokratische Partei gehäuft,
und sich systematisch bemüht, jedem Sozialdemokraten die
persönliche Ehre abzuschneiden.

Von ähnlichem Werth ist die sittliche Entrüstung des
Exkanzlers. Wenn der Mann, der die Wahrheit tausend
Mal gebeugt hat, um die Kriege von 1864, 1866 und
1870/71 einzufädeln — der Mann, der die Emser Depesche
„redigirt“, das Bombardement von Saarbrücken erfunden,
gegen jeden seiner politischen Gegner, ohne mit der Wimper
zu zucken, die tödtlichsten Beschuldigungen aus den Nägeln
gefogten, und durch sein engeres und weiteres Pres-
bureau eine sogenannte Geschichtsschreibung organisiert hat,
welche eine fortlaufende und methodische Geschichtsfälschung
ist — wenn dieser Mann sich nun weinerlich als das Opfer
der Geschichtsfälschung hinstellen will, dann kann man ihm
nur zurufen: Tu l'as voulu. Georges Dandin — Du hast
es so gewollt, und Du hast es gelehrt —, mit Deinen eignen
Waffen wirst Du geschlagen!

Dabei lassen wir die Frage, ob gegen ihn eine Ge-
schichtsfälschung vorliegt, ganz bei Seite.

Wer Andern so viel Unrecht gethan hat, wie der Exkanzler,
hat kein Recht sich zu beklagen, wenn ihm einmal Unrecht
geschehen sein sollte. Er ist im Gegentheil bis jetzt noch
viel zu gnädig weggegangen, weil der Mann seiner Ver-
leumdungen und Geschichtsfälschungen noch nicht vollständig
gebroschen ist. Einen solchen Chimborasso von Lügen weg-
zuräumen, bedarf es einiger Zeit.

Unsere Schulideale.

Von einem Lehrer.

Fortschrittliche Blätter, die in den Spuren des „Zukunfts-
bilders“ Manns wandeln, suchen dem liberalen Philister mit dem
Bauwan der sozialdemokratischen „Zwangsschule“ graulich zu
machen. Als ob wir heute die Zwangsschule nicht auch bereit
hätten. Allerdings können reiche Leute den Schulzwang gegen-
wärtig infolten ungehen, als sie ihren Kindern durch Hauslehrer
und Gouvernanten eine private Erziehung zu Theil werden lassen.
Was aber dem Einen recht ist, soll dem Andern billig sein. Da
jedoch für das Groß der Bevölkerung dieser Erziehung des staat-
lichen Volksschul-Unterrichts durch den privaten und ökonomischen
Gründen nicht in Betracht kommen kann, so ist die im § 8
unseres Parteiprogramms ausgesprochene Forderung des
obligatorischen Besuches der öffentlichen Volksschulen, nebst
Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Ver-
pflanzung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren
Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die
kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet
werden, durchaus gerechtfertigt und vom sozialdemokratischen

Als mehrmaliger Präsident der Kammer, sowie als
Vorsteher der Stadtverordneten, hatte Dr. Raffmaus wieder-
holt Gelegenheit gehabt, mit dem Monarchen persönlich in
Berührung zu kommen; dieser jedoch hatte sich nie mit
dessen Persönlichkeit befreundeten können, glaubte aber der
Muehe des Landes ein persönliches Opfer bringen zu sollen
und empfing den Süßhächelnden mit der an ihm stets ge-
wöhnten Leutseligkeit.

Auf Anfrage, ob er sich wohl zutraue, ein Ministerium
zu bilden, welches gleichmäßig ihm, dem König, Vertrauen ein-
lösen und das des Landes besitzen würde, erklärte der Advokat,
daß er allerdings nur Männer vorschlagen könne, die, wie
er, das vollste Vertrauen der Mehrheit der Staats-
angehörigen besäßen, daß er im übrigen jedoch für ihre
Loyalität und gleichmäßige Sorge auch für die Vorrechte
der Krone einstehen könne. Darauf hin erhielt er den Auf-
trag, nunmehr eine Ministerliste vorzulegen, und zwar so
schnell wie möglich. Raffmaus verlor keine Zeit, er war
auf diesen Fall seit Jahren vorbereitet. Ein beim vorigen
Ministerium in Ungnade gefallener und seitdem zur
Disposition gestellter Gesandter erklärte sich bereit,
das Äußere zu übernehmen; ein pensionirter liberaler
General fand sich für den Krieg; das Departement
des Innern übernahm Dr. Raffmaus selbst, Dr.
Benjamin empfing mit Freuden eine Berufung für das
Departement des Handels und der Gewerbe außerhoren
und der liberale Bankier von Oppen gab erwünschte Ge-
legenheit neben den adligen Ministern des Kriegs und des
„Äußern“ auch einen adligen Finanzminister einzubringen,
damit sich der Hof und die Aristokratie nicht an die vielen
bürgerlichen Namen zu viel stoßen möchten. Nur der Posten
eines Kultusministers mußte zeitweilig aus Mangel an einer

Standpunkte aus geradezu selbstverständlich. Es ist also eine
vollständige Verleumdung oder Verdrehung der Thatfachen, wenn
behauptet wird, die auf die öffentliche Erziehung der Jugend
bezüglichen Fragen hätten anlässlich des Erfurter Parteitagess nur
geringe Beachtung gefunden. Es wurde diesem Punkte des Pro-
gramms gleich jedem anderen die genügende Beachtung zu Theil,
aber gerade weil das, was hier als unsere Forderung formulirt
ist, in seiner Berechtigung so klar auf der Hand liegt, war zu
weitläufigen Debatten hierüber keinerlei Veranlassung. Wenn die
betreffenden Leitartikelschreiber sich ferner den Anstrich geben, als
wollten wir die Wissenschaft und ihre Lehre, die ja jetzt nach
Artikel 21 der preussischen Verfassung „frei“ sei, unterdrücken, so
klingt dieses Argument von der „freien“ Lehre der Wissenschaft
in unserem Staate selbst im Munde eines „freisinnigen“ Politikers
unwiderstehlich komisch. Wo ist denn diese vielgerühmte Freiheit
zu finden? Weder auf Universitäten; noch auf höheren oder
niederen Schulen darf irgend welche Wissenschaft verapft werden,
die nicht den obrigkeitlichen Stempel aufzuweisen hat. Die
geringste abweichende Anschauung hat unwiderstehlich Diszi-
plinaruntersuchung, Strafverteilung und schließlich Entlassung
vom Amte zur Folge. Der Einwand, daß Unterricht zu
ertheilen, Unterrichtsankalten zu gründen und zu leiten,
nach Artikel 22 der preussischen Verfassung ja Jedem freistehe, der
seine „sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung“ den
betreffenden Staatsbehörden nachgewiesen habe, erhebt sich ge-
weissermaßen von selbst durch den zweiten Theil dieser Bestim-
mung, durch den hinlänglichen Bots des Nachweises einer sittlichen
Befähigung. Um vom Standpunkte der einschlägigen Behörden
als qualifizirt erachtet zu werden, eine Privatschule zu gründen
und zu leiten — wozu, beiläufig bemerkt, ein gewisses Anlage-
kapital gehört — muß man entweder sehr bibelgläubig und von
der alleinseligmachenden, dem Kapital innewohnenden Sittlichkeit
völlig durchdrungen, oder ein hartgefotterter Muder und Hencker
sein. Ueberdies spielt noch, was die Verfasser der fraglichen
Artikel übersehen zu haben scheinen, die Bedürfnisfrage, die hier
in Berlin fast durchweg verneint wird, bei der Errichtung von
Privatankalten eine nicht zu unterschätzende Rolle. War es ja
gerade die schrankenlose Freigebung der Privatschulen, welche
den Volksschulgesetz-Entwurf in erster Reihe den liberalen Mörgelein
unannehmbar machte, da sie von dieser Bestimmung fürchteten, sie
werde zur Folge haben, daß sozialdemokratische Bildungsanstalten
gleich Pilzen aus der Erde hervorwachsen würden! Daß der Wiber-
spruch gegen die stärkere Betonung des religiös-konfessionellen
Elementes im Grunde des Herzens gar nicht so aufrichtig ge-
meint war, verrathen auch die in Rede stehenden Artikel mit
dankenswerther Offenheit. Daß nun von demselben Seite,
welche die geistige Knechtschaft in der Schule ver-
sieht, in Bezug auf unsere Schulideale behauptet wird, wir er-
strebten den Despotismus nicht bloß in wirtschaftlicher, sondern
auch in kultureller Hinsicht, da wir das staatliche Bildungs-
monopol bekämpfen und es dann selbst einzuführen
suchten, kann ja nicht befremden, wenn man bedenkt,
welche Begriffsverwirrung hinsichtlich der Begriffe „Frei-
heit“ und „Knechtschaft“ bei unseren Gegnern herrscht.
Wirtschaftliche Anarchie nennen sie Freiheit und die von uns
erstrebte Regelung des Produktions — Knechtschaft; ebenso auf
geistigem Gebiete. Sich darüber mit den Herren auseinanderzu-
setzen, wäre doch „verlorene Liebesmühe“. Es ist lächerlich,
wenn uns entgegengehalten wird, daß wir uns mit keinem einzigen
Worte über unsere Bildungsideale geäußert hätten. Jedem, der
auch nur oberflächlich in unsere Prinzipien eingedrungen ist, muß
es ohne Weiteres klar sein, daß in einem Staate, der die wirth-

geeigneten Persönlichkeit unbeseht bleiben, da alle höheren
Beamten in Kirchen- und Schulsachen der konservativen
Partei angehörten; doch gelang es bald, einen adligen
Professor aus der Universitätsstadt des Landes zu verstan-
digen, der die Lücke ausfüllte.

Die neue Ministerliste wurde für annehmbar befunden,
und bereits am Abend nach Vorlegung derselben verlinkigte
eine Bekanntmachung in einem Extrablatt der „Landes-
Zeitung“ den hochachtungsvollen Bewohnern der Hauptstadt,
daß Se. Majestät, um des Friedens im Lande willen, das
Entlassungsgesuch des bisherigen Ministeriums angenommen
und ein neues berufen habe, dessen Zusammensetzung zu-
gleich mitgetheilt ward. Die Liberalen häumten nicht, für
denselben Abend eine Illumination zu improvisiren, und
Dr. Raffmaus selbst ließ sich's etwas kosten, um sich ein
solennes Jackelständchen brennen zu lassen. Die „All-
gemeine Zeitung“ brachte einen der schönsten Arti-
kel über die hochherzige Entschliegung, durch welche
der edle Monarch wiederum bewiesen habe, wie
ihm das Wohl des Landes näher und inniger am Herzen
läge, als seine persönlichen Wünsche und Neigungen. Dem
Lande aber ward eine neue segensreiche Aera propheet,
durch welche es zur höchsten Blüthe seiner geistigen und
materiellen Interessen gelangen würde. Die Kammeren
hielten eine Abend Sitzung, in welcher ihnen das Ereignis
des Tages mitgetheilt wurde. Die erste Kammer nahm die
Mittheilung still und mürrisch auf; in der zweiten dagegen
erhoben die Liberalen und Fortschrittler laute Beifalls-
rufe und beeilten sich, von der linken Seite des Sitzungs-
raumes nach der rechten Seite, auf der ihnen die Kon-
servativen Platz machten, überzusiedeln.

Unmittelbar nach Schluß der Sitzung versammelten
sich die Vertrauten der liberalen Partei zu einer kleinen

Feuilleton.

Wachdruck verboten.

[117

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Büchern
von A. Otto Walster.

Am nächsten Morgen schlossen eine ganze Anzahl von
Fabrikanten ihre Etablissements und gaben den Arbeitern
einen Feiertag. Das Aufhäufen von Menschenmassen nahm
infolge dessen in einem Grade zu, daß der Stadtkomman-
dant die allerhöchste Genehmigung zu einer Konfignation
der Truppen in den Kasernen einzuholen kam. Ein
Duzend Tumuluanten, unterstützt durch die immer
tübrige Straßenzugend und einige arbeitslustige Olafes,
warfen dem Ministerpräsidenten die Fenster, sowie die
Schreiben der beiden vor dem Ministerhotel stehenden Gas-
Landelaber ein, ohne daß die Wache, die für einen solchen
Fall ohne Instruktion war, einzuschreiten wagte.

Da plötzlich verbreitete sich wie ein Lauffeuer die Nach-
richt, daß der Monarch den Dr. Raffmaus nach seinem Palais
beschieden habe.

Und so war es in der That; Dr. Raffmaus, welcher
seit dem Morgen auf seinem Bureau im Galafraad und
saubere frisiert unter den unanhörlich ab- und zugehenden
Parteigenossen saß, erhielt die Aufforderung durch den
königlichen Flügeladjutanten in aller Form und bediente
sich des schon seit dem frühen Morgen bestellten Zwei-
spanners, um sein langersehntes und mit rastlosem Eifer
erstrebtet Glück im Fluge einzuholen.

Schaffliche Selbständigkeit und politische Freiheit des Individuums verbürgt, auch die geistige Freiheit des Individuums zur Geltung gelangen muß. Dann erst, nicht aber in unserem Klassenstaate, kann dem Sage, der jetzt auf dem Papier der Verfassung steht, daß die Wissenschaft und ihre Lehre frei sei, irgend welche Bedeutung beizubringen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Mai.

Preussischer Landtag. Die deutschfreisinnige Wahlreform-Kampagne ist wie das Hornberger Schießen verlaufen. Herr Richter, der einen wahren Gierthun um das allgemeine Wahlrecht herum ausführte, zog seinen Antrag zurück, nachdem das Centrum ihm durch den Abgeordneten Lieber, der sich rückhaltlos für das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht aussprach, den Wind vollständig aus den fortschrittlichen Segeln genommen hatte. Am Landtagwahlvortritt werden gewisse — durch die Steuergesetze bedingte — Aenderungen angebracht werden; dafür aber, daß es nicht zum allgemeinen Wahlrecht kommt, werden, wenn Niemand sonst es thäte, die Herren Fortschrittler sorgen. Ihr un- und antidemokratisches Wesen haben sie in der heutigen Sitzung mit einer Offenheit an den Tag gelegt, die wir ihnen kaum zugetraut hätten, und die unsere Anerkennung verdient. —

Zum sogenannten Tertiärbahn-Gesetz hat die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordneten-Hauses eine Resolution beantragt, welche die nervöse Angst des Kapitalismus, möglicherweise ein Ausbeutungsobjekt zu verlieren oder in dessen gründlicher Ansnutzung beschränkt zu werden, recht lustig dokumentirt. Die Resolution erucht die Regierung, „auf eine Erklärung des Begriffes „Eisenbahn-Unternehmungen“ im § 6 der Reichs-Gewerbe-Ordnung im Wege der Reichs-Gesetzgebung behufs Klarstellung darüber hinzuwirken, ob von der Anwendbarkeit der Reichs-Gewerbe-Ordnung alle Transport-Unternehmungen, deren Befahrte auf metallener Grundlage befördert werden, namentlich auch die Pferdebahnen, ausgeschlossen sind.“ — Es ist den kapitalistischen Politikern schon unangenehm genug, daß aus den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung heraus immer kräftiger das Verlangen gestellt wird, die Gemeinden sollten die Pferdebahnen und sonstige Verkehrsmittel, so weit sie ihnen unterstehen, in Selbstverwaltung übernehmen zum Nutzen ihrer Klasse — nun kommt gar noch der Staat und thut so, als wenn es ihn gelüste, das geplagte Kapital von dem immerhin fetten, jedenfalls aber hinsichtlich des Revoenunbezuges ziemlich sicheren Thätigkeitsfeld, welches der Pferdebahnbetrieb in den großen Städten darstellt, zu verdrängen. Dem muß bei Zeiten ein gehöriger Kiegel vorgegeschoben werden, und so hat denn der bekannte freisinnige Geschäftsführer der Bourgeoisinteressen schon lange vor den Nationalliberalen auf das Wohlthun im Tertiärbahn-Gesetz aufmerksam gemacht, das dem Sonnenschein der kapitalistischen Ausbeuterei drohte. —

Unverständlich. In der „Staatsbürger-Zeitung“ finden wir folgende Nachricht aus Danzig: „Eine Viertelstunde bevor der Kaiser sich in den Artushof begab, wo er von Deputirten des Magistrats und der Kaufmannschaft begrüßt werden sollte, wurde der unter dem Gebäude liegende Rathskeller, das feinste Weinkeller der Stadt, geschlossen und unter polizeiliche Aufsicht gestellt.“ Die hier geübte Vorsicht der Danziger Polizei in allen Ehren, wie stimmt sie aber zu dem bekannten Spruch: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst Nichts auf der Welt?“ —

Vom preussischen Schulmeister. Nach den Varmen-Elberfelder „Neuesten Nachrichten“ verurtheilte die Düsseldorf Regierung den Hauptlehrer Greßler aus Varmen-Bichlinghausen wegen seiner Vorträge über den Jüdischen Schulgesetz-Entwurf zu 50 M. Ordnungstrafe. Dem Bernennen nach hat ihm die genannte Behörde ein agitatorisches Auftreten gegen Maßnahmen der Staatsregierung zum Vorwurf gemacht. Die „Volks-Zeitung“ hofft, daß die Maßnahme der Düsseldorf Regierung vom Kultusminister nicht gut geheßen werde, wenn sich der genannte Lehrer beschwerde-

Konferenz, wie sie in früheren Zeiten oftmals abgehalten worden war. Tiefstrunk hatte für diesen Abend eine Extravorte „Kaffenther“ angeschafft, welcher, wie er meinte, am Geeignetesten sei, um sich bei einer extrarainen Gelegenheit einen anständigen „Asen“ zu lausen.“ Dr. Raffmans hatte diese Konferenz berufen, um sich bei seinen bisherigen Parteigenossen gewissermaßen zu verabschieden:

„Denn“, meinte er mit Salbung, „in meiner neuen Stellung bin ich der Reuzier und den Nachforschungen aller Parteien ausgest, und es würde sich für meine Person nicht mehr schicken, wollte ich einer ausgeprochenen Parteiführung anzuwohnen. Es versteht sich von selbst, daß wir immer im geistigen und einzeln auch im persönlichen Verkehr verbleiben, sowie ich Sie denn auch bei dieser Abschiedsfeier, welche zugleich für uns Alle eine Siegesfeier ist, bitte, mir fernerehin Ihre schätzbare Unterstützung zu leisten. Herr Inspektor Zähler, den ich bald an einen einträglicheren Posten berufen werde, wird von nun an so freundlich sein, meine Stelle bei Ihnen zu vertreten. Was unsern Freund Kollmann betrifft, so kann ich von Herrn Dr. Benjamin erwarten, daß er in seiner Eigenschaft als Justizminister alsbald dessen Freilassung gegen Kautionserlegung verfügt, die ihm vom bisherigen Ministerium, aus politischen Gründen natürlich, verweigert worden.“

„Ich werde ohne Zögern das Nöthige verfügen“, erklärte Dr. Benjamin mit geeigneter Würde. „Die schwerste Aufgabe“, fuhr Dr. Raffmans fort, „fällt allerdings unserm Freunde Herrn Dr. Luz zu, welcher die „Volkswerkstätten“ ins Leben zu rufen hat.“

„Ich muß gesehen“, entgegnete Dr. Luz, „daß ich mir vorkomme, wie Einer, der für die Anderen die Kohlen aus dem Feuer zu holen hat. Meine ganze nationalökonomische Ueberzeugung sträubt sich gegen dieses Auskunftsmitel.“

„Es handelt sich hier auch gar nicht um Ihre nationalökonomischen Ueberzeugungen, sondern um ein Experiment, welches wir den Arbeitern versprochen haben, entgegnete Dr. Raffmans.“

„Dieses Experiment wird aber theuer werden, und ich riskire mein persönliches Renomme.“

„Das Experiment mag kosten, was es will, es ist aber

führend an diesen wende. — Der Ansicht sind wir nicht. Was sollte aus dem herrschenden System werden, wenn man auch noch den Schullehrern erlauben würde, über Ausflüsse dieses Systems ihre Meinung kraftlos ooram publico breitzutreten? Ist etwa die Schule nicht speziell dazu da, die „alte gute Frucht“, die Unterwerfung vor Oben, den Kindern der Volksmassen einzupumpfen, und kann dazu ein Lehrer befähigt sein, der selber eine andere Meinung über das System predigt, auf das er die Kinder drücken soll? Nein, die Verstrafung jenes Lehrers ist ganz im Geiste des Systems geschehen, in dem die preussische Schule geleitet wird, und wenn das nicht paßt, nun — der mag Sozialdemokrat werden. —

Kriegsminister a. D. Steinheil. Der württembergische Kriegsminister General Steinheil ist jüngst verabschiedet worden. Der „Frankfurter Zeitung“ schreibt ihr gutunterrichteter Stuttgarter Berichterstatter: „Man vergegenwärtige sich die kompromittirende Situation, in welche die württembergische Regierung gerathen war: Im Sommer 1890 läßt ein königlich württembergischer Offizier im Ulmer Leibregiment die Mannschaft mit Stöcken durchprügeln. Im Sommer 1891 wird dies in öffentlicher Strafkammer-Sitzung „im Namen des Königs“ festgestellt und publizirt. Im Herbst 1891 haben die höchsten Militär- und Zivilbehörden offiziell Kenntniß von dem Fall Lauenstein und — im Februar 1892 muß der württembergische Militärbefehlshaber im Parlament unter der Heiterkeit des Reichstages und dem Kopfschütteln des Reichskanzlers und des Bundesrathes wahrheitsgetreu erklären, über den Fall Lauenstein lediglich ohne Instruktion seitens der württembergischen Militärverwaltung zu sein! Sollen wir die Daten weiter sprechen lassen: Sechs Wochen später, im April, tritt der Kriegsminister den üblichen „Erholungsurlaub“ an, und wieder drei Wochen nachher, im wunderschönen Monat Mai, reicht er, sofort nach der Rückkehr vom Urlaub, seinen Abschied ein, der ihm unverzüglich bewilligt wird.“ Sehr wohl, aber noch immer ist dieser Ehrenmann Lauenstein, über dessen Prozeß auch der „Vorwärts“ (Nr. 95 vom 23. April) ausführliche Nachrichten gebracht hat, im Dienst. Herr Steinheil ging, Herr Schott von Schottenstein, der neue Kriegsminister kam, von einem Wechsel des Systems ist nichts zu verspüren. Treibt aber die öffentliche Empörung den Lauenstein endlich doch aus dem Heere hinaus, so ist der Kern des Militarismus dann doch nicht berührt. Wer diesen haben will, züchtet auch jene Rauheit des Kasernenhofes und jene Brutalität des Ramaschenkopfes, die ab und an auch allem Volke einmal durch Erlasse kund wird, wie sie der „Vorwärts“ ans Licht gezogen hat. —

Lucius II. Unser früherer Landwirtschafts-Minister, Herr v. Lucius, unterscheidet sich von dem jetzigen, Herrn v. Heyden-Gadow, in manchen Dingen. Jener ließ sich von Staats heidennäßig Fideikommiß-Stempel schenken, dieser schenkt Heidemann seine Stempelgebühren und erläßt Pachtrückstände; jener nahm, dieser giebt Cadeaux. Herr v. Lucius hat einen schneidigen Sohn, der, da er nicht Bureaukrat, natürlich Lieutenant ist und soeben in Mainz, der Stadt des Bürgerkriegs in Sebez, seine Schneidigkeit schlagend bewiesen hat. Er liegt zu Mainz in Garnison, was das scheint allmählig, was das Verhältniß zur Zivilbevölkerung betrifft, so viel zu heißen, wie in Feindesland. Die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 189, Abendblatt vom 18. Mai) meldet darüber:

„Mainz, 17. Mai. Heute Mittag hat sich hier eine neue Säbelfläße zugetragen, bei der zwar glücklichweise kein Blut floß, die aber doch bezeichnender für den Geist des Militarismus ist und noch gebühlicher aller bürgerlichen Ordnung in das Gesicht schlägt, wie die bisherigen Vorkommnisse. Der in den gärtnerischen Anlagen der Kaiserstraße zur Aufsicht bestellte Schüge (Wächter) hatte kürzlich gegen den Sekondelieutenant Carl von Lucius, einen Sohn des ehemaligen preussischen Landwirtschaftsministers, im 18. Husaren-Regiment, eine Strafanzeige gemacht, weil die Hunde des Offiziers sich in dem vor seiner Wohnung, Kaiserstr. 19, befindlichen englischen Garten herumgetummelt haben. Wie es scheint, erfolgte heute die Zustellung des Strafbefehls, denn der Herr Lieutenant suchte Mittag in großer Aufregung und in offenbar sehr aufgeregter Verfassung den Schügen auf und befragte ihn, die Strafanzeige als unrichtig zurückzunehmen.

*) Sprich Cadoh, französisch — Geschenke.

nothwendig, um die Schreier zur Ruhe zu bringen. Uebrigens werden wir eine Konferenz von sachverständigen Fabrikanten und uns ergebenden Arbeitern zusammenberufen, diese mögen dann durch ihre Gutachten Ihnen den Rücken decken.“

Aber werden uns nicht durch diese Werkstätten die Arbeiter vertheuert werden?“ warf Kollfuß, der Möbelfabrikant, ein.

„Es handelt sich ja hier doch nur um eine kurze Uebergangszeit“, tröstete Dr. Raffmans.

„Ich muß gestehen, daß ich es trotzdem sehr ungerne thue“, erklärte Dr. Luz von Neuem.

„Ja, was denken Sie denn eigentlich, Herr Dr. Luz?“ rief aber Dr. Raffmans hier mit scharfem Tone. „Denken Sie etwa, es wird jeder Mensch mit dreißig Jahren Minister? Für eine solche unerhörte Karriere, wie Sie sie da machen, werden Sie wohl eine kleine Unannehmlichkeit auf sich nehmen können! Und wenn Sie es nicht wollen, so brauchen Sie es nur zu sagen; ich finde ein Duzend von Handelsministern in der nächsten Viertelstunde.“

„Seien Sie froh, Herr Dr. Luz“, rief Kollfuß, „daß Sie etwas geworden sind, sonst hätte ich Ihnen meine Tochter noch lange nicht gegeben.“

„Wer sagt Ihnen denn, Herr Kollfuß, daß ich nunmehr, nachdem ich Minister geworden, Ihre Tochter noch zu nehmen gesonnen bin?“

„Wie, Herr Doktor, Sie treten zurück . . . die Sache ist stadtkundig . . . ich habe es heute Jedermann erzählt . . . Sie blamiren mich und meine Tochter aufs Abscheulichste.“

„Nun, Herr Kollfuß, das hätten Sie auch reichlich verdient, und wenn ich jetzt trotzdem Rücksichten nehme, so thue ich es wahrlich nicht Ihnen zur Liebe, sondern Ihrem Fräulein Tochter, die in den schlimmsten Zeiten treu zu mir gehalten hat. Aber Ihrer unartigen Bemerkungen bin ich gänzlich überdrüssig. Das führen Sie sich zu Gemüthe, wenn Sie wollen, daß ich nicht allen und jeden Verkehr mit Ihnen abrech.“

„Wie ist es denn mit der Kultusminister-Vakanz?“ fragte inzwischen Professor Birnenmann.

sonst stehe er ihn zusammen. Seine, des Lieutenants, Kunde lämen nicht allein auf die Straße, seien also fälschlich veranzeigt. Der Schüge erklärte, daß er seine Pflicht gethan und daran nichts ändern könne. Der Lieutenant zog nun den Säbel, setzte ihn dem bestellten Gesekeswächter auf die Brust und befaß ihm wiederholt, die Anzeige zurückzunehmen, sonst werde er erstochen. In diesem kritischen Augenblick sprang der Viehtreiber Moppin, ein Mann von ebenso viel Kraft, als Muth, vor, schwang seinen Dreierstock und gab dem Offizier deutlich zu verstehen, daß es für ihn gerathen sei, sich zurückzuziehen. Auch hädliche Arbeiter und sonstige Leute eilten hilfsbereit herbei. Der Herr Lieutenant ließ nun zwar von dem Schügen ab, befaß aber, und das ist eigentlich das Aller — „schönste“ bei der Sache, einem Soldaten, den von der Stadt bestellten Polizeibeamten (die Schügen tragen entsprechende Abzeichen und sind auf den Feldschuß u. f. w. beidigt) zu verhaften und ihn auf die nächste Polizeiwache zu bringen. Dorthin, in der Heidelbergergasse, begab sich der Lieutenant, um — sein Protokoll abzugeben. Von hier fuhr der Herr Lieutenant nach Frankfurt a. M., da er dorthin eingeladen sei.“

Wir hoffen eines, daß der wackere Viehtreiber dem Lieutenant von Lucius den Knotenstock nicht bloß an die edelgeschneideten Augen gehalten, sondern mit demjenigen Theil des junkerlichen Leibes in innigste Berührung gebracht hat, auf welchem auch die Keiseltatie zu sitzen pflegt. Wir wünschen ferner, daß diese Verührung eine so eindringliche, nachhaltige und bereedte war, daß der Herr Lieutenant für einige Zeit weder zu sitzen noch in der Rückenlage zu ruhen im Stande ist, sodaß sein Po—stament dann aber auch in jeder Beziehung gleich einem alten Kobeg, so gegerbt ist aus Eihelthaut. Und zum Schluß wünschen wir, daß jeder Bürger, der von einem wogelstigen Kriegshelden angefallen wird, mit Faust und Knüttel, mit Wehr und Waffen die frechen Attentate solcher Soldateska sich vom Halse hält. Gegen wahnwitzige Burken, die friedfertige Leute mit blankem Degen bedrohen, ist die Nothwehr eine Pflicht. —

Wozu das Rentengüter-Gesetz gut ist. In der deutschfreisinnigen „Danziger Zeitung“, Organ des Herrn Rickert, lobt ein „landwirtschaftlicher Mitarbeiter“ recht heftig das Rentengüter-Gesetz. Seiner Meinung nach ist: „Einen Erfolg halten wir für wahrscheinlich: die stärkere Heranziehung seihafter Leute, welche, wenn sie kleinere Grundstücke besitzen, lohnenden Nebenverwerb durch landwirtschaftliche Arbeiten finden und den durch die Sachengängerei hervorgerufenen Arbeitermangel verringern können.“ Der „landwirtschaftliche Mitarbeiter“, offenbar ein Domänenpächter oder Gutbesitzer, kennzeichnet mit erfreulicher Naivität die Tendenz der samosen inneren Kolonisation, nämlich Arbeitskräfte für die oheibischen Grundbesitzer zur Verfügung zu halten, eine gewisse Anzahl an die Scholle gebundener Pzergbauern zu züchten, die auf den Nebenverwerb, das heißt die Gutstagslöhnererei angewiesen wird. Wir stellen fest, daß der Landwirth der „Danziger Zeitung“ die Richtigkeit des Veumundszeugnisses bestätigt, das wir von Anfang an dem Rentengüter-Wesen angestellt haben. Wovon alle Seiltänzererei professoraler Sykophanten und akademischer Streber auch nicht ein Jota wegnimmt. —

Saare und Konsorten. Die Dortmund „Tremonia“ schreibt: „Seit dem 11. Mai steht auf dem Dortmund Rheindbahnhofe der Kolliwagen 15188 aus dem Direktionsbezirk Bromberg, der Auswechsellung eines Kabfahes harrend. In einem Kabreisen (Bandage) traten mehrere große Löcher hervor, die mit Blei oder einer ähnlichen Masse ausgegossen waren. Voraussetzlich in Folge der dadurch entstandenen Schwächung ist ein Brangriff am Spurstranz entstanden, weshalb der Wagen sofort ausgefetzt und für vollständig gebrauchsunfähig erklärt werden mußte. Die Kabfahje stammen nach den eingepägten Stempeln vom Bochumer Verein.“ Ein anmuthender Beitrag zur Beschichte der Schienenfädderei! Im Uebrigen aber auch ein neuer — der wie viele! — Beleg, daß ein ernsthafter Beurtheiler der heutigen Zustände die landläufige Phrase von der „angesehenen und unbescholtenen Firma“, die keiner Wogelei fähig sei, sich zehn Schritt vom Leibe halten soll. Das „alte, ehrenwerthe Berliner Banthaus“ Wolff und Hirschfeld — so gekennzeichnet durch gerichtliches Urtheil —, trachte etliche Monate darauf elend

„Diese Stelle käme Ihnen mit Fug und Recht zu, Herr Professor“, erklärte Dr. Raffmans; „aber Sie wissen, daß es schon einer ungeheuren Kühnheit bedurfte, um eine Minister-Kandidatenliste mit drei bürgerlichen Namen vorzulegen, und die mußten wir wenigstens für die drei wichtigsten Ministerien vorbehalten. Außerdem sind Sie uns an der Spitze der „Allgemeinen Zeitung“ zur Zeit gänzlich unentbehrlich. Aber ich werde dafür sorgen, daß Sie als geheimer Schulrath eine Sie vorläufig entschädigende Stelle erhalten, und dann haben Sie doch noch die Stufe inne, von der aus Sie leicht zur Stelle eines Ministers übertreten können.“

„Ich bin -beseidigt“, erklärte Professor Birnenmann, indem er diese zuckerharte Bille hinunterschludte.

„Mit jener Genossenschaftsdruckerei und mit dem „Volksblatt“ werden Sie nun wohl aber ein ernstes Wörtchen reden?“ fragte Wehrhahn.

„Wir werden hierin thun, was wir für Recht finden werden“, erklärte Dr. Raffmans mit Würde und machte damit den nachgerigigen Buchdrucker verstummen.

„Na, Doktorchen, Excellenzen wollte ich sagen, für mich werden Sie doch wohl auch eine Kleinigkeit thun, indem Sie meine Weine von Staatswegen rekommandiren?“ rief Tiefstrunk, der schon wieder selig war.

„Bei passenden Gelegenheiten“, erwiderte der neue Präsident mit Herablaffung lächelnd.

„Und gegen die widerpenstigen Arbeiter werden Sie, hoffe ich, mit aller Entschiedenheit einschreiten“, rief Findexen, der sich ebenfalls seit einiger Zeit dem Gott Bachus mit Vorliebe ergab. „So einmal einige Labungen blauer Bohnen in den leeren Magen, das wirkt.“

„Gott soll uns behüten“, rief Dr. Luz mit Abscheu.

„Sie sind wohl blutschen, Herr Handelsminister?“ rief Findexen mit einem halb höhnischen, halb zynischen Blide.

„Einstweilen werden Ihre Arbeiter in den Volkswerkstätten Unterkommen und Arbeit finden“, bemerkte Raffmans, „sonst werden sie eine Beute der Konservativen, deren Macht vor allen Dingen erst gänzlich gebrochen sein muß, ehe wir im Reformenwege weiter vorgehen. Die

zusammen, und ihr Träger wird nächstens wegen gemeiner Gaunereien sich vor den Berliner Richtern verantworten müssen. Was dem Einen recht ist, muß dem Andern billig sein. Und Herr Baare kann sich als Staatsrath, Kommerzienrath, Handelskammer-Gewaltiger, Staatslieferant wohl berühen, der Vertreter einer „angesehenen, unbescholtenen Fabrik“ zu sein. Der Richter sprach über ihn so gut wie über Herrn Löwe entschieden. Von diesem letzteren wissen die Leser des „Vorwärts“ zum mindesten Eines sicher. Mag das Geschäft auch noch eine so „angesehene, unbescholtene Fabrik“ sein, die systematische Löhnbrüderlei und die Arbeitermaßregeln sind seit Jahren ein hervorstechendes Kennzeichen der Löwischen Maschinenfabrik; die Mühen und Ehrliden dieses Unternehmens, verübt gegen seine Arbeiter, sind in Versammlungen so gut wie im „Vorwärts“ zu Genüge dargelegt und gebührend gewürdigt worden. In diesem Betrachtwort stürzte Löwe sich sicher im allerneuesten Kurs.

Ausweisung aus Berlin. Unsere Vermuthung, daß die preussische Regierung auf die Lügennachricht der im russischen Solde stehenden „Allg. Reichskorrespondenz“, der Gesundheitszustand des Sultans gebe zu größten Besorgnissen Anlaß, mit der Ausweisung des Urhebers jener Nachricht antworten werde, hat sich natürlich erfüllt. Zwangsmaßregeln gehören ja zum eisernen Bestand der Mittel, mit welchen die Staatsmänner der alten Gesellschaft arbeiten. Es ist schon betont worden, daß wir für das genannte lügenhafte Bureau eben so wenig Sympathie hegen, wie für die übrigen. Gleichviel aber, die Ausweisung eines Journalisten, der lästig gefallen, ist eine Maßregel, die politisch gar keinen Nutzen hat. Den einen Lügenpeter weist man aus, und zehn andere kommen dafür herein. Und was heute die deutsche Regierung thut gegenüber einem russischen Agenten, das kann morgen jede beliebige andere Regierung gegenüber einem nichtsozialen Parteigänger Deutschlands gleichfalls vollziehen. Ob der Sultan oder ein anderer Regent krank ist oder nicht, davon hängt heute das Schicksal der Völker glücklicherweise nicht mehr ab. Die „Vossische Zeitung“ hat recht, wenn sie sagt, der ganzen Angelegenheit sei viel zu viel Bedeutung beigelegt worden. In Sachen des Ententeich-Projekts und der Epifode des Geschreitens, Angelegenheiten, welche das deutsche Volk weit mehr interessieren, als die Frage, ob der Sultan krank ist oder nicht — hat man bis heute noch die amtliche Stellungnahme vernommen lassen.

In jener Sache schreibt man uns noch: Zur Beschönigung der Maßregel wird mitgetheilt, daß Bogdanowitsch ein russischer Spion war, und wir haben keinen Grund, dies zu bezweifeln. Was ist heute nicht alles Spion? Und insbesondere die politischen Agenten Russlands, auch die höheren, sind allesamt Spion. Das rechtfertigt aber nicht die Ausweisung. Es macht — von der prinzipiellen Verantwortlichkeit solcher Polizeimaßregeln ganz abgesehen — einen gar kleinlichen Eindruck, daß das großmächtige Deutsche Reich in solcher Art gegen einen unbedeutenden Menschen vorgeht — und noch dazu um einer solchen Lappalie willen.

„Umsturzpolitik“ und „kurzsichtige Fanatiker.“ Die Worte haben ihre Geschichte, so gut wie die Bücher. Vor wenigen Jahren hätte Jeder, der obige Kraftausdrücke lies, darauf schwören können, daß die Sozialdemokratie gemeint sei. Heute ist es das amtliche Organ der sächsischen Regierung, die ultra-reaktionäre „Leipziger Zeitung“, die von der „Kölnischen Zeitung“ mit diesen Lebenswürdigkeiten traktirt wird. Wohl bekomms.

Ein Majestätsbeleidigungs-Prozess weniger. Aus Frankfurt a. M. wird telegraphirt:

Das auf Grund des Ausschusses „Gekrönte Worte“ (von dem Schriftsteller Maximilian Harden) gegen den Verfasser und die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ eingeleitete Verfahren wegen Majestätsbeleidigung ist nunmehr eingestellt worden.

Es läge nur im Interesse der Monarchie, wenn von dem Majestätsbeleidigungs-Paragraphen überhaupt kein Gebrauch gemacht würde.

Stoß ins Herz-Politik. Der dieser Tage erfolgte Tod des ehemaligen ungarischen Revolutions-Generals Klapla erinnert uns an die wenig rühmliche Rolle,

welche dieser einstmalen bei Napoleon III. und später bei dessen Schüler Bismarck gespielt hat. Im Jahre 1859, vor Ausbruch des Italienerkrieges, verhandelte der französische Staatskaiser mit Klapla und anderen Ungarn, die sich auch bereit erklärten, für französisches Geld einen Kuffland im Norden der österreichischen Armee in Szene zu setzen. Der rasche Verlauf und Abschluß des Krieges verhinderte die Ausführung des Plans, und die geprellten Pseudo-Revolutionäre zogen sich grollend zurück. Als aber sieben Jahre später Bismarck, der im Einverständnis mit Napoleon den Krieg gegen Oesterreich vorbereitete, den geprellten Pseudo-Revolutionären winkte, da kamen sie abermals, fragten abermals aus der Hand des Gewalthabers, versprachen abermals Revolution zu machen, und wurden abermals geprellt. Auch diesmal verlief der Krieg wieder zu rasch, und Herr Klapla mit seiner „Ungarischen Legion“ hatte keine Zeit, den famosen „Stoß ins Herz“ zu führen. Im Volke der Denter gab's aber Viele, die sich vorlügen ließen, der im Einverständnis mit Napoleon und im Bunde mit Italienern und Ungarn von Bismarck unternommene „Brüderkrieg“ sei eine national-deutsche That gewesen.

Rannegießerei. Der Rannegießer unterrichtet sich von dem vernünftigen Menschen dadurch, daß er mit großer Wichtigkeit über Dinge spricht, von denen er nichts versteht, auf willkürliche Annahmen hin Luftschlöffer baut, und sich um Dinge den Kopf zerbricht, die nur für einen gedankenlosen Müßiggänger Interesse haben. Der Rannegießer ist eine Spielart der gefährlichen Kunst der Wetterpropheten. — Wie der gewöhnliche ordinäre Wetterprophet sich tief-sinnig jeden Tag Stunden lang mit der Frage beschäftigt: welchen Wind werden wir morgen haben? Wird's regnen oder wird die Sonne scheinen? so behandelt der politische Wetterprophet, oder Rannegießer an seinem Stammtisch oder in der Zeitung, die ihm anheimgefallen ist, mit ersterer Ausführlichkeit die Fragen: wann werden die englischen Neuwahlen sein? Im Juni, Juli oder in welchem Monat sonst? Wird der Zar nach Berlin kommen oder nicht? Und was bedeutet es, wenn er nach Berlin kommt und wenn nicht? Hat der König von Italien bei den traurigen Verhältnissen in seinem Lande noch die Lust oder den Muth, eine Bergnügungstour nach Berlin zu machen, oder ist ihm der Spaß vergangen? Trinkt der Exkanzler selber den sogenannten Kornschnaps, den ihm ein paar sächsische „Rämmeltürken“ neulich zum Geschenk machten, oder läßt er ihn durch seinen Schmenninger oder irgend einen anderen gleichwürdigen Lakaien austrinken? Und was ähnliche Fragen mehr sind. Wir, die wir vor den Rannegießern heiligen Respekt haben, bekümmern uns um all diese Fragen nicht. Wann die englischen Wahlen sind, das wissen wir nicht und wir warten es ruhig ab, bis der Termin veröffentlicht wird. Und ob der Zar nach Berlin kommt; ob der König von Italien Reisepäne hat oder nicht; ob der Schnapsbrenner Bismarck seinen eigenen und anderen christlich-germanischen Fusel trinkt oder seinen Kerger in reichseindlichem Kognat hinunterspült — das ist uns ungefähr ebenso gleichgültig, als die Frage: ob der Stöcker oder sein ehemaliger Gönner in dem letzten Wahrheitsduell am meisten nicht gelogen hat; oder ob die neu entdeckte Sibylle von Friedrichsruhe männlichen oder weiblichen Geschlechts ist, und ob „Sibylle“ besser mit altem Waschweib oder mit Hefe zu übersetzen ist. Freilich der „Sibylle von Friedrichsruhe“ würde es wohl kaum „Wurst“ sein, wenn sie aus gut Deutsch genannt würde: das alte Waschweib von Friedrichsruhe. Es war wieder recht geschwähig — Schwamm drüber.

Griechisches. Der durchgefallene Delnannis, der — wie andere „treue Vasallen“ — seinem Souverän schon wiederholt die Zähne gezeigt hat (wobei er allerdings einen Stärkeren hinter sich wußte), scheint nicht gewillt, seine Niederlage ruhig hinzunehmen. Er hat das Wahlresultat öffentlich als das Ergebnis unerhörter Wahl-fälschungen bezeichnet und soll das Volk zur revolutionären Erhebung aufgefördert haben. Den Telegrammen zufolge sei es bereits zu Zusammenstößen und Blutvergießen gekommen. Aus und über Griechenland wird aber bekanntermaßen soviel gelogen, daß man allen Nachrichten gegenüber sehr vorsichtig sein muß.

Mit den unerhörten Wahl-fälschungen“ wird es wohl seine Wichtigkeit haben. Nur hätte Herr Delnannis selber

beigetragen habe. Sie kennen meinen Wein, meine Herrn, und Sie werden selber sagen müssen, daß er im höchsten Grade geeignet ist, den Menschen in die gehörige Begeisterung zu versetzen. Selbst Dr. Raffmaus, unser allverehrter Ministerpräsident, welcher meinen Weinen jeder Zeit Berechtigung widersprechen zu lassen verstand, wird Ihnen sagen können, daß meine Weine nicht nur gut und preiswürdig sind, sondern, daß es so recht eigentlich die Pflicht eines jeden liberalen Mannes ist, dieselben vorzugsweise.

Die Unruhe unten war so groß gewesen, daß kaum noch die Worte des weinseligen Redners vernommen werden konnten; der Rest der Rede wurde aber auch dadurch abgeschnitten, daß man den Berauschten zu seinem höchsten Kerger am Frachthof vom Fenster zurückzog. Ein ironisches Bravo scholl von unten herauf, und es bedurfte des ganzen Taktes auf Seiten des Inspektor Zahler, um der Szene einen einigermaßen befriedigenden Abschluß zu sichern.

Die Aufregung, welche dieses Ständchen herorgebracht, hatte sich aber noch kaum gelegt, als von Neuem Musik erscholl und neuer Lichterglanz die Straße erhellte. Die Gäste traten wieder an das Fenster und horchten laut auf, als nach beendigtener Musikstücke sich eine Solostimme mit dem folgenden Vers vernehmen ließ:

Ob wohl der Freiheit Morgen tagt,
Wenn eine Maus den Staat benagt?
Und wenn es eine Raffmaus ist,
Ob die uns nicht zu Grunde frist?
O, Raffmaus, Raffmaus, du! Dich sein,
Du wirst nicht lang Minister sein!

Dieser Vers wurde nach Beendigung des Vortrags in einer Abschrift, um einen Stein gewickelt, ins Zimmer geworfen, worauf ein fürchterliches Peulen, Schreien und Kreischen wie von Kähen, ein Zusammenwerfen von Geschirren und ein Wimmern sämtlicher Instrumente erfolgte. Die Lichter wurden dabei im Nu verlöscht und mit einem höhnischen Johlen und Pfeifen stob die ganze nächtliche Gesellschaft auseinander.

(Fortsetzung folgt.)

es eben so gemacht, wie seine Gegner, wenn er in der Regierung gewesen wäre. —

Aus England. Lord Salisbury, der Premierminister, hat wieder eine „große Rede“ gehalten, in welcher er den Arbeitern und den Grundbesitzern schmeichelt — den Arbeitern, indem er sie die besten Stützen des Staates nennt, und ihre Bestrebungen nach Gleichstellung für durchaus berechtigt erklärt — natürlich nur im Prinzip; und den Grundbesitzern, indem er — ebenfalls im Prinzip — sich gegen den unbedingten Freihandel und zu Gunsten sogenannter Gegen-seitigkeitsverträge mit schutzösterreichischen Staaten ausspricht. Es war eine Wahlrede, und damit ist die praktische Tragweite dieser Auslassungen gekennzeichnet. —

Wahlgesetzgebung in England. Das Unterhaus verwarf eine von dem Deputirten Shaw-Lesore beantragte Bill, wonach bei den Wahlen zum Parlament Niemand in mehr als einem Wahlkreise stimmfähig sein soll. Das Gesetz von 1885 betreffend die Neueinteilung der Sitze im Unterhause, welche den größeren Theil des Landes in Distrikte mit nur einem Vertreter eintheilte, hätte, so führte der Antragsteller aus, die Erwerbung von Pluralstimmen und das Pluralabstimmungs-System (die Einrichtung, wonach ein Einzelner mehrere Stimmen in verschiedenen Bezirken abgeben kann) wesentlich erleichtert. Er selber besäße 5 Stimmen und er kenne Leute, die sich das Recht gesichert hätten, in 50 bis 100 Wahlbezirken an der Abstimmung theilzunehmen. Der irische Unionist Russell stellte den Zusatzantrag, das Haus aufzufordern, der Reform seine Zustimmung zu versagen, bis eine neue Einteilung der Sitze erfolgt sei, wodurch die Zahl der Vertreter von England, Wales, Schottland und Irland in ein gehöriges Verhältnis zur Bevölkerung der Landestheile gebracht werden würde. Aus dem liberalen Lager wurde die Vorlage durch Stuart Trevelyan und Harcourt warm beantwortet, während Sexton namens der Irländer den Antrag Russells kritisirte. Seitens der Regierung bekämpfte Schatzkanzler Goschen die zweite Lesung, welche schließlich mit 243 gegen 196 Stimmen vom Hause abgelehnt wurde. —

Parteinachrichten.

Zum Fall Peus wird uns noch geschrieben: Nach der Strafprozess-Ordnung unterliegen die seitens Untersuchungs-gesangener an Andere als ihren Verteidiger gerichteten Briefe der Kontrolle des Untersuchungsrichters. Abgesendet werden in der Regel solche Briefe nicht, die sich in irgend welcher Weise über die Strafsache selbst auslassen. In welcher Weise von dieser dem Richter zustehenden Befugniß der Untersuchungsrichter in Magdeburg in der Strafsache wider Genossen Peus Gebrauch gemacht hat, ergibt die einfache Niederschreib der Anfangs einer Anzahl Briefe. Zurückbehalten sind z. B. folgende Briefe vom 18. und 19. Dezember 1891:

„Werther Parteigenosse! Dies ist der zweite Brief, den ich von hier aus an Sie schreibe. Der erste ist konfisziert worden, weil ich etwas über die Untersuchungs-sache an Sie schrieb. Ich möchte Sie um zweierlei bitten: 1. meiner armen Frau, die mit einem Kinde aus dem Arm und einem unter dem Herzen nun ohne meine Hilfe daselbst, Unterstützung zu Theil werden zu lassen, 2. mir einen Rechtsanwalt, am liebsten Stadthagen, zur Seite zu stellen.“

Auch als zur Absendung nicht geeignet wurde folgender an die verschiedenen Frau Peus gerichteter Brief erachtet: „Meine beigeliebte Minna, ...! Hoffe Ruuh, wenn ich während Deiner schweren Stunde nicht bei Dir bin ...“ Abgesendet wurde aber vier Tage später ein Brief des ersten Staatsanwalts an Frau Peus, in der dieser ihr mittheilte, daß ihr Mann eine „schwere Strafe zu gewärtigen habe“. Die Niederkunft erfolgte am 1. Januar 1892.

Zurückbehalten wurden ferner u. U. an zwei Genossen unter dem 19. Dezember geschriebene Briefe, beide beginnend, „dies der zweite Brief, den ich von hier an Dich schreibe.“ Der erste wurde konfisziert, weil ich über die Sache schrieb“, und die herzlichste Bitte enthaltend, der Frau des Angeklagten sich anzunehmen. —

Jeder Kommentar hierzu ist überflüssig. Erst in der zweiten Woche des Januar erhielt dann endlich Genosse Stadthagen die Nachricht, daß Peus durch ihn verteidigt zu werden wünsche. Von da an erhielt auch Frau Peus Nachrichten. Dringend zu rathen ist jenen Genossen, welche wegen irgend einer vermuteten Handlung in Untersuchungshaft genommen werden, direkt an ihren Verteidiger zu schreiben.

Kassa (Saale). Das war eine Aufregung, als am Sonntag, den 15. d. M., hier eine Volksversammlung abgehalten wurde, zu welcher Frau Far ch min aus Gera das Referat übernommen hatte. Wir sind ja hier schon gewöhnt, viele Reuigerer bei derartigen Versammlungen zu haben, aber wie diesmal ist es doch noch nicht gewesen. Nicht gedrängt lautete die Menge, darunter auch ca. 20 Frauen, den bewegten Worten der Rednerin über die Organisationsbestrebungen der Arbeiter und die Sozialdemokratie. Dieselbe schilderte an der Hand der Geschichte die Kämpfe des arbeitenden Volkes und die Bestrebungen der Besitzenden, dasselbe in seinem Siegeslauf zu hindern, und forderte schließlich die Anwesenden auf, einzutreten in die Reihen der Sozialdemokratie, um mit zu arbeiten an der Befreiung vom kapitalistischen Druck. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsere Partei schloß der Vorlesende Genosse Horn die imposante Versammlung. Noch lange nach derselben konnte man in den Straßen der Stadt Menschengruppen sehen, welche ihre Genugthuung über das Gehörte bekundeten und bei jeder Gelegenheit dafür zu wirken versprachen, daß der Sozialismus hier weitere Fortschritte mache. So sind wir denn auf dem besten Wege, uns das Landvolk zu gewinnen, indem hier gerade in den Sonntagversammlungen die Landbevölkerung stark vertreten ist. Nur schade, daß wir nicht immer Volkale und Referenten auf-treiben können, welche für uns passen.

Es wird fort gehohkottet. Infolge der Reise ist dem Kenderburger Militär der Besuch der „Lohhalle“, des größten dortigen Etablissements, sowie der Gastwirthschaften Simon, Sack und Sol verboten worden. Wird denn nicht bald einmal die Organisation der deutschen Gastwirthe ein solides Vorgehen aller Gastwirthe gegen diese Voyottirerei einleiten? Naive Frage. Zur Erledigung solch erster Werksarbeit hat die Gastwirthsorganisation keine Zeit und noch weniger Kourage. Die Theilnehmer am deutschen Gastwirthstag z. B., der kürzlich in Mecklenburg abgehalten wurde, hatten genug zu thun, um das Vergnügungsprogramm zu bewältigen.

Polizeiliches, Gerichtliches. — Aus Magdeburg berichtet der Telegraph, daß der Buchdruckereibesitzer Wille, sowie die Maurer Seitenroth und Schroh wegen wissentlichen Meineids unter Anklage gestellt und in Untersuchungshaft genommen seien.

Zügel der Regierung müssen für den Augenblick streng angezogen werden, damit die Leute vor allen Dingen wissen, mit wem sie es zu thun haben. Alles Andere findet sich dann von selbst.

Kaum hatte Raffmaus geendet, als laut schallende Musik die Straße heraufklang. Die Anwesenden eilten an die Fenster und meldeten das Annahen eines Fackelzuges. Raffmaus bat die Anwesenden zurückzutreten, aber die Fenster offen zu lassen. Bald leuchtete der Fackelzug zu den Fenstern hinaus, und ein Gesangverein sang zur Melodie „Wer ist der Ritter hochgeehrt“ ein Lob- und Preisgedicht auf den Führer der liberalen Partei, der siegreich eine neue Aera heraufgeführt habe, und auf die waderen Männer, die ihm in den heißen Tagen des Kampfes so wacker zur Seite gestanden.

Als bald trat Dr. Raffmaus vor und sprach: „Verehrte Freunde! Eine lange schwere Periode finsterner Reaktion liegt wie ein böser Traum hinter uns; die holde Göttin der Freiheit schaut plötzlich mit ihrem jugendlichen Lockenhaupt zwischen den gebrochenen Wolken im goldenen Schimmer hervor. Vieles ist mit dem heutigen Tage errungen worden. Vieles ist noch zu erringen, wenn Sie aber treu bleiben der Fahne, die Sie erkoren und die ich Ihnen mit unerschütterlicher Treue vorantrage, dann in der That ist der Tag nicht mehr fern, von dem man mit Stolz sagen können: er sieht glückliche Menschen in einem glücklichen Staat. Und so stimmen Sie mit mir ein in den nie verkümmenden Wunsch: „Es lebe die Freiheit, es lebe der Fortschritt!“

„Hurrah, hoch!“ scholl es von unten herauf. Raffmaus trat zurück, und an seine Stelle trat, ehe es Jemand hindern oder auch nur ahnen konnte, der Wein-händler Tieftraum mit einem Glase Wein in der Hand und mit unter dem breiten Rinn geknüpfter, etwas befeckter Serviette.

„Meine Herren,“ rief er, „es freut uns zu hören und zu sehen, daß Sie unseren Verdiensten Gerechtigkeit wider-fahren lassen; auch ich, wenn ich auch nicht ins Ministerium berufen worden bin, kann sagen, daß ich durch meine Weinsendungen Vieles zum Siege der liberalen Partei

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 20. Mai.
Spernhaus. Die Hugenotten.
Schauspielhaus. Die Hüste. — Der eingebildete Kranke.
Berliner Theater. Dorf und Stadt.
Leistung-Theater. Die Großstadtluft.
Kesden-Theater. Firma Rondonot.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Das Sonntagskind.
Wallner-Theater. Keine Vorstellung.
Thomas-Theater. Die Ulanen.
Adolph Ernst-Theater. Bräulein Feldweibel.
Sellekianca-Theater. Der Künstling.
Kroll's Theater. Die Maccabäer.
Ostend-Theater. Berlin unter Wasser.
Festpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.

Castan's
Panoptikum.
Grosse Ausstellung.
Zahlreiche Novitäten.
Magneta-Galatea.
Schreckensammer.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Passage-Panopticum.
Mann mit Steinkopf und Pigmy
v. Stanley-Zwergvolk.
10-1 5-9 Uhr.

Moabitteer Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80/81.
Abt.: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfg.
22899. **Hellmuth Peters.**

Gratweil'sche
Bierhallen
Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Konzert
mit humoristisch. Vorträgen.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch sowie 6 Billards, 3 Kegelhahnen und 2 Säle.
F. Sodtke.

West-Restaurant
Dresdenerstr. 97.
Heute und folgende Tage:
Aufreten der
1. bayr. Jodler, Konzertfänger und Schuhplattler-Gesellschaft
M. Jacob Damhofer.
Erste Abtheilung der Koscharischen Sänger, unter Protektion des k. k. Kammerfängers und Komponisten Hrn. **Thomas Koschat.**
Aufg. Wochentags 7 1/2 Uhr, Entree 15 Pf.
Sonntags 8 Uhr, Entree 30 Pf.

Bitte lesen Sie!
Jedem, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reichhaltiges Lager von circa 1000 Sommer-Valentins, 2000 Anzüge, sowie einzelne Böden, Jaquettts, Rosen, Westen etc.
Feine Hüten, Ketten, Ringe, Ketten, Wäsche, Stiefel, Hüte, Reise- u. Holzkoffer, Waschkessel etc.
Sämmtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.
A. Wergien,
Schneidermeister,
127 Stalitzerstraße 127.
Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.
Dr. Hoesch, Homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Preisliste

des

Waaren-Verkaufs-Verein

D. LUBLINSKI

Berlin S., Nr. 50, Oranienstraße Nr. 50,

zwischen Oranien- und Moritz-Platz.

Zur Beachtung.

Mit der dritten Auflage unserer Preisliste vor die Öffentlichkeit tretend, sind wir im Stande, wesentlich herabgesetzte Preise zu stellen. — Trotz aller Anfeindungen der Konkurrenz und hauptsächlich der Berliner Groß-Geschäfte hält der Verein an den bei Begründung des Unternehmens gemachten Grundsätzen, seinen Abnehmern alle nur möglichen Vortheile zu bieten, fest. Trotz aller Tadel der Berliner Großisten werden wir unsere Preise nach wie vor bei Entnahme eines Pfundes so billig stellen, als diese selbst bei Entnahme eines Centners nicht verlaufen.

Der Waaren-Verkaufs-Verein hat den Zweck, den Unfitten in der Kaufmannschaft, für 1/2 und 1/4 Pfund im Verhältniß mehr zu berechnen, als für ein ganzes Pfund, entgegenzutreten. Daß für 2 Pfund eines Artikels ein billigerer Preis eintritt (wenn z. B. 1 Pfund 40 Pf. kostet und 2 Pfund mit 75 Pf. berechnet werden), läßt ebenso den Grundsätzen des Vereins entgegen, denn wir erblicken hierin einen Zwang, der auf den Käufer ausgeübt wird, und eine Ueberschuldung des Käufers, der sich nicht in der glücklichen Lage befindet, 2 Pfund oder 1 Pfund zu kaufen.

Wir betrachten deshalb alle Käufer als gleichberechtigt, und berechnen bei Entnahme größerer Quantitäten keine billigeren Preise. Dagegen berechnen wir für halbe und viertel Pfunde genau den Pfundpreis, wenn z. B. das Pfund 35 Pf. kostet, so kostet 1/2 nicht 18 oder gar 20 Pf., sondern nur 17 1/2, und 1/4 nicht 9 oder 10 Pf. sondern 8 1/4 Pf. Die entstehenden Bruchpfennige werden dem Käufer in Münzen des Waaren-Verkaufs-Vereins herausgezahlt, welche jederzeit wieder in Zahlung gegeben, oder in Deutsche Reichsmünzen umgewechselt werden können.

Dividende.

Am letzten Tage eines jeden Monats wird berechnet, welcher Reingewinn erzielt worden ist, worauf in den ersten Tagen des folgenden Monats ein Massen-Konsum-Artikel zu besonders billigem Preise verkauft wird, um dem Käufer hierdurch eine Dividende zu ertheilen.

Kolonial- u. Materialwaaren.

Kaffee, roh	Pfund von 1.— M. an
Kaffee, fein geröstet	1,15 " "
Feigenkaffee	84 42 21 Pfg.
Malkaffee nach Art des Pfarrrers Seb. Knopp	1/2 1/2 Pfd.-Pack mit Verbrauchs-Nam.
30 15 Pfg.	
Stirn- oder Kochzucker, fein gesiebt	Pfd. 28 1/4 Pfg.
Stückenzucker in Würfel	32 1/2 " "
Theerzucker	36 " "
Cacaopulver, Holländ. feine Marke	2,25 M.
Cacaopulver, Holländisches	1,80 " "
Vanille-Suppenpulver, f. fog. Choko-	73 Pfg.
Gewürz- (Jadenpulver	53 " "
Vanille-Chokolade, rein Cacao und	
Zucker v. fein. Geschmack in 1/2 Pfd.-	
Tafeln	87 " "
Vanille-Chokolade, rein Cacao und	
Zucker, an Feinheit u. Güte selbst	
die theuerste Chokolade über-	
treffend, in 1/2 Pfd.-Tafeln	1,— M.
Gewürz-Chokolade in 1/2 Pfd.-Taf.	68 Pfg.
Albert-Cakes, bestes Fabrikat	75 " "
Engl. Mixed-Cakes	82 1/2 " "
Rosinen, außerordentlich schöne	32 " "
Corinth, Frucht	29 " "
Sultaninen, Frucht	42 " "
Mandeln, süße	87 1/2 " "
bitte	1,10 M.
Citronat	1,— " "
Backobst, gemischt, austranz. Nüssen,	
Birnen, Pflaumen und Kirschen	35 Pfg.
Stoyr. Pflaumen	22 " "
P. Bonn. Pflaumen	25 " "
Feinste Franz. Pflaumen	30 " "
Kochsalz, best raffinirtes	9 " "

Cichorien-Fabrikate.

Kaiser-Haushalt-Kaffee	1/2 1/2 Pack
21 10 1/2 Pfg.	
Berliner Dampf-Maschinen-Cichorien,	
Pack von 45 17 1/2 8 1/4 Loth	
15 7 1/2 8 1/4 Pfg.	
Kaffeeschrot, bester Zusat.	1/2 Pfd.-Pack 13 Pfg.

Mehl und Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte.

Weizenmehl, feinstes sogen. Kaiser-	Pfd. 17 Pfg.
Auszugmehl	
Feinstes Kuchenmehl aus Franken-	
feiner Weizen	21 " "
Wienergries, fein	19 1/2 " "
mittel	18 1/2 " "
Mittelsgrieß	15 1/2 " "
Feinstes Kartoffelmehl	21 " "
Kocherbsen, kleine zartkochende	15 1/2 " "
Viktoria-Riesen-Erbsen	18 " "
Bohnen, kleine Ungarische	13 1/2 " "
Linsen, zartkochend	21 " "
Reis, Java-Tafel	16 1/2 " "
Japanreis, bester	21 " "
Hallergrütze	20 1/2 " "
Padonnußeln, feine Sorte, gelb und	
weiß	82 " "
Herschnittnudeln, breite	48 " "
Maccaroni in Nöhren, bestes Fabrikat	42 " "

Artikel zur Wäsche.

Oberschälseife, allerb. fernetrodene, gr. Stück	16 Pfg.
Prima Wachskernseife	14 " "
Harzoberschälseife, beste Scheuer-	
seife	12 " "
Waschpulver oder Seifenpulver, gr. Packet	
mit Gebrauchsanweisung	15 " "
Chlorkalk	Pfd. 12 1/2 Pfg.
Pottasche	30 " "
Feinstes Ultramarinwaschblau in	
Packeten	h 67 1/2 35 u. 17 1/2 " "
Reisstrahlenstärke	Pfd. 23 1/2 " "
Stärkestärke	23 1/2 " "
Borax in Stück	39 " "
l. Pulver	41 " "
Brillant-Glanzstärke von Fr. Schulz	
jun., Leipzig, welche überall mit	
20 Pfg. verkauft wird	Packet 12 1/2 " "
Crème-Stärke	37 1/2 " "

Artikel für den Hausgebrauch.

Petroleum, nicht explosirendes	l. 17 1/2 Pfg.
höchst raffinirtes, sogen.	
Sälsöl	21 " "
Brennöl raffin. Rüßöl	62 1/2 " "
Pfd.	39 " "
Benzin, allerfeinstes	23 1/2 " "
Brennspritus	l. 36 " "
Fr. Rüßöl für Speisezwede	65 1/2 " "
Pfd.	41 " "
Feines Salat- oder Speiseöl	60 " "
Speiseöl in Flaschen	keine Flasche 20 " "
große	35 " "
Feinster Wein- u. Einmache-Essig	l. 14 " "
Schwed. Zündhölzer	Packet 7 1/2 " "
Stearinlichte, la Qualität	Pfd. 52 1/2 " "

Weine, Liqueure u. Spirituosen.

Rothwein, St. Julien	1/3 l. Flasche 98 Pfg.
Süss. Ungarwein, sehr bekömmlich	1/2 l. 88 " "
Moselwein für Suppen u. Bowlen	3/4 " 60 " "
Süddeutscher Apfelwein	3/4 " 40 " "
Berliner Getreidekümmel, feinst.	
Destillat, besser als Sülka, Flasche	1/2 l. 95 " "
Wagenbitter und Magenliqueur, aus	
Kräutern destillirt, übertrifft an	
Wohlgeschmack jeden, sei es unter	
welchem Namen, feilgebotenen	
Liqueur	Flasche 1/2 l. 1,— M.
Crème-Liqueure, sehr fein, besonders	
für Damen, in Himbeer-, Kirsch-,	
Vanille-, Curacao-, Maraschino-,	
Jingwer-, Citronen-, Pfeffermüsig,	
Rosen- u. Pomeranzen-Geschmack	Flasche 1,50 M.
Feiner alter Cognac	1/2 1/4 1/3 l. 85 42 1/2 Pfg.
Feiner Rum	1,70 M. 85 42 1/2 Pfg.

Diverse Artikel.

Suppentafeln, bestes Fabrikat	St. 15 1/2 Pfg.
Erbswurst mit Speck	27 1/2 " "
Schinken	42 1/2 " "
Präpar. Hafermehl, beste Marke	1/2 1/3 1/4 Pfd.
43 21 1/2 Pfg.	
Kindermehl, Nestlé's	Büchse 1,17 1/2 Pfg.

Kindermehl, vorzügliche Nahrung für	
Säuglinge	Pfd. 80 Pfg.
Condensirte Milch	Büchse 55 " "
Grosse Gummisauger (Pflropfen)	St. 7 1/2 " "
Patent-	12 1/2 " "
Kleine Patent-Gummisauger	5 " "

Für Brunnenkuren.

Bitterwasser, Saxeboer	Fl. 48 Pfg.
Friedrichshaller	51 " "
Emser Kränchen 1/2 Fl. 59 Pfg., 1/2	45 " "
Biliner Sauerbrunnen	55 " "
Karlsbader Mählbrunnen	65 " "
Harzer Sauerbrunnen 1/2 Fl. 35, 1/2	25 " "
Selterser, echtes	58, 1/2 " "
1/2 Krufe 48 Pfg., 1/2 Kr.	36 " "
Vichy	Fl. 90 " "
Wildunger	55 " "
Stassfurter Badesalz	Pfd. 2 1/2 " "
Seesalz	11 1/2 " "

Lacke, Farben und Firnisse.

Öelfarben, guttrodnend, reichfertig	Pfd. 35 Pfg.
Bernsteu - Fußboden - Glanzlack,	
schnell trodnend, in verschiedenen	
Nuancen in Patentbüchsen von	
L. No. Inhalt, sehr geeignet zum	
Belohnstreichen von Fußboden	
und Möbeln	Büchse 2,— M.
Leinölfirnis, bester	Pfd. 27 1/2 Pfg.
Leinöl, Prima holländ.	31 " "
Terpentinöl, franz.	37 1/2 " "
" Canadisches	32 1/2 " "
" Deutsches	27 1/2 " "
Pollturspritus	l. 45 " "
Oker, Deutscher	Pfd. 13 " "
" Franzöf.	15 " "
Goldoker, feinst geschlemmt	20 " "
Patentfußbodenfarbe	25 " "
Casslerbraun	12 1/2 " "
Kalkgrün	15 " "
Oelgrün, hell, mittel, dunkel Pfd. 30,	
40, 50 Pfg.	
Frankfurt Schwarz	20 " "
Engl. Roth	13 " "
Eisensuoio	Pfd. 15 " "
Roths Meunle (Wei-Meine)	22 1/2 " "
Schleimkreide	2 " "
Zinkweiss (Schneeweiß)	32 1/2 " "
Zinkweiss I	30 " "
Bleuweiss, chem. rein	29 " "
Bleuweiss, " in Del	27 1/2 " "
Schellack Vemon	1,25 M.
orange	1,20 " "
Leim (Zischleime)	27 1/2 Pfg.
Mühlhäuser Leim	57 1/2 " "
Cölnur Leim	59 " "

Bemerkungen.

Verkauf nur gegen baar.
Preise verstehen sich ohne Verbindlichkeit; etwaige
Preisänderungen werden durch Bekanntmachungen
im Verkaufstotal angezeigt.
Der Petroleum-Verkauf findet nur bis 3 Uhr
Nachmittag statt.

Droguen und Apothekerwaaren.

An Sonn- und Festtagen
ist unser Geschäft von 10 Uhr ab geschlossen.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

66. Sitzung vom 19. Mai, 11 Uhr.

An Ministertische: Graf Eulenburg, v. Bötticher, Herrfurth, Miquel und Kommissarien.
Der Abg. Roser hat sein Mandat niedergelegt.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Antrages der Abgg. Richter und Gen. betr. die Vorlegung von Gesetzentwürfen über Abänderung des Landtags-Wahlrechts und über eine Neu-Einteilung der Wahlkreise.
Abg. Richter (Dfr.): Unser Antrag hat die Bedeutung einer Interpellation, er wird erledigt sein, wenn die Minister im Laufe der Diskussion Aufklärung über ihre Absichten gegeben haben. Denn wenn die bevorstehenden nächsten Wahlen 1893 nach einem neuen Wahlgesez erfolgen sollen, müssen die betreffenden Vorlagen in der nächsten Session gemacht werden. Wir stehen bezüglich des Wahlrechts auf dem Boden des Reichstags-Wahlrechts. Die Mehrheit dieses Hauses und die Regierung nimmt einen anderen Standpunkt ein; aber auch von diesem Standpunkt aus wird es sich fragen, ob man nicht die Wirkung der neuen Steuergeseze in Betracht ziehen muß. Jedenfalls wird man bei der Ausarbeitung neuer Steuergeseze von vorn herein die Wirkung auf das Wahlrecht in Betracht ziehen müssen. Die schon erlassenen Steuergeseze haben die Steuerlast der Wohlhabender vermehrt, die der ärmeren Klasse vermindert. Dadurch wird das Wahlrecht verschoben zu Ungunsten der dritten Klasse. Die improvisierten Änderungen des Wahlrechts, welche im Einkommensteuer-Gesez beschlossen sind, sind nicht im Stande, die Wirkung des neuen Tarifs und der neuen Veranlagungsmethode auf zu paralisieren. Durch die neue Gewerbesteuer, welche am 1. April 1893 in Kraft tritt, wird die Verschiebung des Wahlrechts eine noch härtere werden, so daß diejenigen, welche an dem Dreiklassen-Wahlrecht festhalten wollen, welches allerdings die nationalliberale Partei schon vor 23 Jahren bei ihrer Gründung als unhaltbar bezeichnete, sich fragen müssen, ob nicht eine Reform dringend notwendig ist. Eine andere Frage ist die Neu-Einteilung der Wahlkreise. Durch das Anwachsen der Bevölkerung ist das Gesez von 1860, welches auf der Volkszählung von 1858 beruht, und die Vorchrift für die neuen Provinzen, welche auf der Zählung von 1864 beruht, längst veraltet. Die industriellen Gegenden und die Stadt Berlin u. S. würden erheblich mehr Abgeordnete beanspruchen können, als bisher. Berlin hat nur 9 Abgeordnete, obgleich es mehr Einwohner zählt, als Westpreußen mit 22, Pommern mit 24 und Hessen-Nassau mit 26 Abgeordneten. Keineswegs liegen die Verhältnisse in Breslau, Frankfurt, Köln, Elberfeld, Barmen, Krefeld, Altona u. s. w. Wollte man die Steuerleistung zu Grunde legen, so würde Berlin nicht nur die neuen Provinzen übertreffen, sondern auch die alten. Für die neuen Provinzen gilt die Wahlkreiseinteilung nur bis zum Zeitpunkt, in welchem der Verfassungsartikel 72 außer Kraft tritt. Wer ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Wahlkreiseinteilung hat, der wird sich natürlich sträuben gegen eine solche Reform. Die Regierung wird aber durch die baldige Vorlegung einer Reformvorlage die Autorität des Hauses stärken.
Minister des Innern Herrfurth: Ich muß es ablehnen, auf eine Diskussion einzugehen, welche eine Änderung unserer Verfassung zur Grundlage hat. Das indirekte Dreiklassen-Wahlrecht ist die verfassungsmäßige Grundlage für die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses und die Regierung ist nicht beabsichtigt, an dieser Grundlage der Verfassung rütteln zu lassen.
Die beiden Punkte des Antrages sind zwar materiell getrennt, als sie sich beide beziehen auf die Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Im Uebrigen ist aber bezüglich beider Punkte die rechtliche und thatsächliche Lage wesentlich verschieden. Die Verhinderung des Art. 72 ist allerdings noch nicht erfüllt. Die Erziehung des Provisoriums durch ein neues Wahlgesez ist von der Landesvertretung mehrfach angeregt worden, ein Anlaß liegt auch vor in der begonnenen Steuerreform. Anders liegt es in Betreff des zweiten Punktes. Die definitive Regelung der Wahlkreise ist bereits erfolgt. Eine Abänderung dieser bestehenden Wahlkreiseinteilung ist vom Landtage nicht anerkannt worden. Was den Erlaß des Wahlgesezes anlangt, so will ich nicht in Abrede stellen, daß die Änderungen, welche aus Anlaß des Einkommensteuer-Gesezes vorgenommen sind, kein volles Äquivalent bieten für die eingetretenen Verschiebungen. Ich habe deshalb sofort die Verhandlungen ausgenommen wegen des Erlasses eines Wahlgesezes, welches geeignet wäre, die Verschiebungen zu kontrollieren, welche durch die neuen Steuergeseze eingetreten sind. Es ist ein Entwurf aufgestellt, über welchen spezielle Erörterungen stattgefunden haben. Dabei hat sich ergeben, daß der Zeitpunkt für dieses Gesez noch nicht gekommen ist, daß man wohl nicht zu übersehen vermag, wie den Verschiebungen zu begegnen ist, einmal mit Rücksicht auf die erlassenen Geseze und mit Rücksicht auf die Weiterführung der Steuerreform. Die Verschiebungen auf der Einkommensteuer sind andersartig als man früher angenommen hatte; sicherermaßen ermitteln lassen sie sich erst nach Abschluß des Verzugsverfahrens und nach der ersten Veranlagung der Gewerbesteuer. Erheblicher ist der Einfluß der Fortführung der Steuerreform. Wenn Grund- und Gebäudesteuer und Gewerbesteuer ganz oder theilweise kommunalen Verbänden und Gewerbesteuer, so daß diese Steuern aufscheiden bei der Bildung der Wahlklassen, werden neue Verschiebungen entstehen und zwar nicht in dem plattformatischen Sinne, sondern zum Nachtheile der Grund- und Gebäudebesitzer. Auch hierfür wird Fürsorge getroffen werden müssen. Ich kann also keine andere Erklärung abgeben, als daß Erörterungen bereits eingeleitet, aber noch nicht zum Abschluß gelangt sind und daß sich heute noch nicht übersehen läßt, zu welchen Zeiten der Abschluß erfolgen wird. Anders liegt die Sache bezüglich der Neu-Einteilung der Wahlbezirke. Hier liegt kein Provisorium vor, sondern die Frage ist definitiv geregelt und zwar in Betreff der alten Provinzen durch das Gesez von 1860, für die neuen Provinzen provisorisch 1869, definitiv für Schleswig-Holstein 1872, für Hessen-Nassau und Hannover durch die Kreisordnungen. Die Bevölkerungszahl ist allerdings als wesentliches, aber nicht als ausschlaggebendes Moment in Betracht gekommen, als Motiv für eine Abänderung der Wahlkreiseinteilung ist jedenfalls dieses Moment weder vom Hause noch von der Staatsregierung in Betracht gezogen worden. Man hat sich mehr an die Verwaltungsverhältnisse des Staats gehalten. Das erhebliche Verschieben eingetreten sind, stelle ich nicht in Abrede. Aber die Regierung hat ausdrücklich erklärt, daß sie auf die Bevölkerungszahl nicht zurückgehen will. Im Abgeordnetenhaus hatte man eine andere Auffassung, man hat aber ausdrücklich zurückgewiesen, daß eine periodische Revision stattfinden soll. 1873 beantragte Berlin eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten von 9 auf 15. Die Kommission des Hauses schlug damals Uebergang zur Tagesordnung vor. Andere Anträge von anderer Seite wurden ebenfalls abgelehnt. Ich glaube also sagen zu können, daß das Haus sich jeder Änderung der Wahlkreiseinteilung verschlossen hat. Es ist mir sehr zweifelhaft, ob ein Antrag an das Haus, sich dafür zu erklären, Anklang gefunden hätte. Die Staatsregierung erklärt

deshalb in Uebereinstimmung mit ihrer früheren Haltung und mit wiederholten Beschlüssen des Hauses, daß sie nicht die Absicht hat, eine Vorlage über die Änderung der Wahlkreiseinteilung zu machen. (Beifall rechts.)
Abg. v. Hene (3.): Wir sind mit der Änderung des Wahlrechts aus Anlaß der Steuergeseze einverstanden, aber nicht mit der Änderung der Wahlkreise. Wenn die Zahl der Abgeordneten vermehrt werden soll, woher sollen dieselben genommen werden? Will Herr Richter ein größeres Abgeordnetenhaus bauen? Dazu wird sich kein Abgeordnetenhaus berechtigt finden lassen. (Zuruf Richter: Das wird sich finden!) Es würde sich ja ganz hübsch machen, wenn Herr Richter an der Spitze einer Fraktion Berlin von 63 Abgeordneten hier erscheinen würde. (Weiterkeit.) Wer die Steuerreform will, der muß auch die Reform des Wahlrechts wollen, weil die neuen Tarife eine erhebliche Verschiebung des Stimmrechtes herbeiführen werden. Aber denken Sie an die Grund- und Gebäudesteuer! Soll sie den Charakter als Staatssteuer behalten? Wie steht es mit der Gewerbesteuer? Alle diese Fragen müssen entschieden werden im nächsten Jahre. Auf dem Boden des Dreiklassen-Systemes wird sich ein Ausweg finden müssen, daß keine weiteren Verschiebungen eintreten; man muß daran denken, daß die unteren Klassen, wenn sie auch von direkten Steuern entlastet sind, doch durch die indirekten Steuern befallen sind. Man könnte die Abteilungen bilden durch die Verteilung der Steuern und zugleich könnte man festsetzen, daß ein bestimmter Prozentsatz der Wähler in den oberen Klassen sein muß. Die Einführung eines festen Zuschlages für jeden Wähler aus Anlaß der indirekten Steuern würde eine Revolution in der ganzen Wahlrechtsfrage hervorbringen. Wollte man Staats- und Gemeindesteuern zusammen dem staatlichen und Gemeindevahlrecht zu Grunde legen, so würde man vielleicht auf manche Schwierigkeiten hinwegkommen. Ich freue mich, daß Herr Richter anerkannt hat, daß eine Erleichterung der unteren und zum Theil auch der mittleren Klassen (Widerspruch Richter's) durch das neue Einkommensteuer-Gesez stattgefunden hat. Für die Neu-Einteilung der Wahlkreise können wir uns nicht erwarman. Wir wünschen aber, daß bezüglich des Wahlrechts die Regierung alles so vorbereitet, daß die Steuerreform darunter nicht leidet.
Abg. Graf Limburg-Stürum (L.): Gleiches Wahlrecht im Reich und in Preußen ist nicht notwendig, sonst könnte man ja auch im Reich das Dreiklassen-Wahlrecht einführen, welches für Preußen verfassungsmäßig feststeht. Was das Wahlrecht angeht, so können wir noch gar nicht ermessen, welche Veränderungen durch die Steuerreform entstehen. Deshalb können wir auch von der Regierung keine Gesezvorlage nach dieser Richtung hin verlangen. Das wird erst möglich sein nach Abschluß der Steuergeseze und nach Erprobung derselben während einiger Zeit, denn über die Wirkung der Steuerreform ist man sich jetzt noch nicht klar; Herr Richter wenigstens lacht darüber, daß die mittleren Klassen entlastet sein sollen. Die Regierung und das Haus sind nicht von der Ansicht ausgegangen, daß auf eine bestimmte Bevölkerungszahl ein Abgeordneter entfallen soll, dieser Gesichtspunkt kam erst in letzter Linie in Betracht. Man wollte 1860 eine Stabilität der Wahlkreise; die Abgrenzung nach der augenblicklichen Bevölkerungsziffer würde die Wahlkreise einem stetigen Wechsel unterwerfen. Man muß doch neben der Zahl der Menschen auch die Grundfläche in Betracht ziehen, auf welcher die Menschen wohnen. 100 000 Menschen auf einer großen Fläche haben für den Staat eine andere Bedeutung als 100 000 Menschen zusammengepackt in der Stadt. (Weiterkeit links.) Wenn einmal eine ruckläufige Bewegung läme, welche die Einwohnerzahl der Städte vermindert, soll dann wieder eine neue Einteilung erfolgen? Das ist ein wesentliches Mißverhältniß besteht, können wir nicht anerkennen; deshalb werden wir den Antrag angebrachtmaßen ablehnen.
Abg. Richter (Dfr.): Daß die Konservativen, die jetzt unter großen Schwierigkeiten ein neues Programm aufstellen (Zuruf rechts: Was geht Sie das an?), das allgemeine direkte Wahlrecht nicht annehmen werden, ist uns begreiflich. Aber auf die Verfassungstreue sollte Graf Limburg nicht pochen. Im Reich sind die Herren v. Püttamer und v. Hellendorff nicht so verfassungstreue, da bekämpfen sie das geheime Wahlrecht. Hier, wo Ihnen das Dreiklassen-System eine Vertretung sichert, die weder Ihrer wirtschaftlichen Stellung, noch Ihrer Intelligenz entspricht (Weiterkeit), halten Sie an diesem kleinsten aller Wahlsysteme, wie Fürst Bismarck es nannte, fest. Wenn die Regierung glaubt, daß das Dreiklassen-System aufrecht erhalten werden kann im größten Staate des Reichs neben dem direkten Reichs-Wahlrecht, so befindet sie sich im Irrthum. Je größer der Widerspruch zwischen dem Reichs-Wahlrecht und dem preussischen Wahlrecht wird, desto mehr wird die Oeffentlichkeit dahin drängen, das Wahlrecht Preußens zu ändern, da eine Abänderung des geheimen Wahlrechts im Reich zur Revolution föhren würde. Daß die Steuerreform eine Regelung des Wahlrechts notwendig macht, hat der Minister anerkannt, er hat aber nicht anerkannt, daß das jetzt schon notwendig ist. Daher wird 1893 nach dem kleinsten System gewählt werden, welches noch elender geworden ist durch die neue Einkommensteuer-Reform. Es wäre unverantwortlich, daß noch einmal auf diese Weise gewählt werden soll, zumal die Wahlen jetzt für 5 Jahre gelten. In den weiteren Steuergesezen wird auf die Wahlrechtsfrage Rücksicht genommen werden müssen. Die Wahlkreiseinteilung ist gesetzlich geregelt, aber das dies definitiv und endgültig geschehen sei, kann ich nicht zugeben. Graf Limburg mißt dem dünn besiedelten platten Lande eine größere Bedeutung bei als den Städten. Haben denn die dünn besiedelten Landstriche eine größere Bedeutung für die Beherrschung des Landes. (Zuruf rechts: Ja!) Ich habe immer gehört, daß die Berliner Jungen sich eben so gut geschlagen haben wie die Anderen. (Widerspruch des Abg. v. Schallha.) Jedenfalls bringen die Städte sehr viel mehr Steuern auf als das Land. Jemand ein Prinzip muß doch für die Wahlkreiseinteilung maßgebend sein. Ist es die Steuerleistung? Ist es die Bevölkerung? Ist es die Intelligenz? Die Agrarier halten sich allerdings für sehr bedeutend nach jeder Richtung hin. Die Rücksicht auf das Deutsche Reich hat von einer Änderung des Wahlrechts abgehalten. Man wollte das Reichs-Wahlrecht in seiner Wirkung abwarten. Für die Dauer wird man sich der Änderung des preussischen Wahlrechts nicht widersetzen können. Die alte Klasseninteressenwirtschaft ist schon etwas gelockert; es wird nicht langer Zeit bedürfen, dann wird die Volksvertretung des Deutschen Reichs noch viel mehr anders werden als die Vertretung des preussischen Staates. Wenn man trotzdem nach dem alten Wahlsystem wählt, so wird es doch nicht gelingen, die Herren, welche sich jetzt mit einem neuen Programm abquälen, in der gleichen Stärke zurückzuführen wie bisher. (Weiterkeit rechts.)
Minister Herrfurth: Ich habe ausdrücklich erklärt, daß eine Änderung des Wahlgesezes vorbereitet ist, aber ich habe auch hingewiesen auf den Zusammenhang des Wahlrechts mit der Steuerreform, so daß ich nicht sagen könne, wann die Vorlage erfolgen würde. In Betreff der Erweiterung der Wahlbezirke habe ich anerkannt, daß im Wege der Gesezgebung eine Änderung stattfinden, aber weder die Staatsregierung noch das Haus haben die Absicht beklundet, von dieser Besugniss Gebrauch zu machen. Im Munde des Abg. Richter nimmt sich die Berufung auf den

Fürsten Bismarck und dessen Auspruch von dem kleinsten aller Wahlsysteme selbst aus. Herr Richter wird wohl nicht alle Ausprüche des Fürsten Bismarck, namentlich nicht die, welche sich auf die freisinnige Partei beziehen, als autoritative anerkennen. (Weiterkeit und Beifall rechts.)
Abg. von Gzarlinski spricht sich im Namen der Polen für die Änderung des Wahlrechts aus.
Abg. von Jedzig (H.): Ein praktisches Bedürfnis, das Wahlrecht in Preußen und im Reich gleichmäßig zu gestalten, hat sich bisher noch nicht geltend gemacht; im Gegentheil, man wird aus den Wahlen im Reich gelernt haben, daß es gut ist, daß in Preußen ein anderes Wahlrecht besteht, bei welchem auch die Intelligenz und der Besitz zur Geltung kommt. Die Wirkungen der Steuergeseze sollen ausgeglichen werden auch beim Wahlrecht, aber diese Frage kann nicht jetzt geregelt werden, sondern erst wenn die Steuerreform vollständig zur Durchführung gelangt ist. Aber diese Reform muß auf dem Boden des Dreiklassen-Wahlrechts erfolgen; der Uebergang zum direkten Wahlrecht wird von der Mehrheit des Hauses und von der Regierung entschieden abgelehnt werden. Bei einer neuen Einteilung der Wahlkreise wird nicht bloß auf die Bevölkerungszahl Rücksicht zu nehmen sein, sondern auch auf die organische Gestaltung der Wahlkörperchaften. Um die ablehnende Antwort sich zu holen, hätte Herr Richter der feierlichen Formen des Antrages nicht bedürft. Das konnte er aus den Verhandlungen beim Einkommensteuer-Gesez schon entnehmen. Wir werden den Antrag Richter als völlig müßig und überflüssig ablehnen.
Abg. Sobrecht (natlib.): Die Achtung vor der Verfassung bestimmt uns, an unserem preussischen Wahlrecht festzuhalten, aber gerade deshalb muß eine Korrektur des Wahlrechts herbeigeführt werden, das ist auch seitens der Staatsregierung anerkannt worden. Wir sind der Meinung, zur Korrektur des Wahlrechts müsse schon in der nächsten Session eine Vorlage gemacht werden. Wenn die Kommunalsteuer-Reform in der nächsten Session scheitern sollte, dann würde es besser sein, durch ein interimistisches Wahlgesez die Bedenken zu beseitigen, welche durch die Verschiebung der Steuerlast hervorgerufen sind. Bezüglich der Bevölkerungszunahme können die Gründe, die vor 20 oder 30 Jahren geltend gemacht worden sind, nicht maßgebend sein. Jedenfalls erfordert aber die Korrektur nach dieser Richtung hin eine große Arbeit. Wenn man nicht die Zahl der Abgeordneten vermehren will, muß man gewissen Landestheilen einen Theil der Vertreter nehmen. Das würde bedenklich sein für die schwach besiedelten, der Auswanderung ausgeföhnten Landestheile. Daß Berlin einen Anspruch auf eine stärkere Vertretung hat, will ich nicht leugnen; aber die Stadt Berlin hat nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch politisch große Vortheile von ihrer Zentralstellung. Die Grenzen Berlins werden Änderungen erfahren müssen. Deshalb ist es nicht gut, die Neu-Einteilung der Wahlkreise zu verbinden mit der Änderung des Wahlrechts. Ich glaube, daß der Antrag durch die Erklärung des Ministers seine Erledigung gefunden hat.
Abg. Richter (Dfr.): Ich halte es für notwendig, daß ein Wahlgesez in der nächsten Session unter allen Umständen vorgelegt werden muß; ohne Wahlgesez keine Steuerreform. Wenn der Minister Herrfurth sich wundert, daß ich mich auf den Fürsten Bismarck berufen habe, so folge ich nur dem Grafen Caprivi, der auch erklärte: Wir nehmen das Gute, wo wir es finden.
Abg. Lieber (3.): Das Zentrum steht voll und ganz auf dem Standpunkt des allgemeinen gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts; es wird nicht zugeben, daß das Wahlrecht des Reichstages abgeändert wird; es hält auch für durchaus notwendig, daß das Landtags-Wahlrecht sich nach dem Reichs-Wahlrecht richtet. Der vorliegende Antrag spricht aber nur von dem bestehenden Landtags-Wahlrecht und von seiner Änderung mit Rücksicht auf die Steuer-Gesezgebung, die so schnell als möglich herbeigeführt werden muß. Denn die nächsten Wahlen dürfen nicht auf Grund des bestehenden Wahlrechts ausgeföhrt werden. Es muß mindestens eine vorläufige Regelung des Wahlrechts erfolgen auf Grund der schon jetzt übersehbaren Folgen der neuen Steuer-Gesezgebung. Wollte man auf die Neueinteilung der Wahlkreise eingehen, so würde dadurch die Änderung des Wahlrechts erheblich gefährdet werden.
Abg. v. Kardorff (fr.): Der Zweck der Debatte scheint mir ein etwas problematischer zu sein. Der Hauptzweck scheint die Forderung des direkten Wahlrechts für Preußen nicht. Denn sonst wird sich doch Herr Richter keinen Illusionen über die Stellung der Regierung und der Parteien zu seinem Antrage hingeben haben. Alle Parteien werden die Verschiebungen verhängen wollen, welche die neuen Steuergeseze mit sich gebracht haben. Das Zentrum ist der Verbündete der Konservativen. Die direkten Wahlen im Landtage föhren zu den direkten Wahlen in den Gemeinden und da könnte man, wenn alles auf die direkten Wahlen gestellt ist, auf den Gedanken kommen, daß auch das Oberhaupt des Staates durch die allgemeinen Wahlen gewählt wird. (Unruhe.) Im Reich können wir die direkten Wahlen vertragen, sie sind vielleicht notwendig. In Preußen ist das nicht möglich. Ich wollte das zur Klärung der politischen Lage bemerken.
Abg. Graf Limburg-Stürum: Das Zentrum war nicht unser Verbündeter, sondern wir gingen beim Schulgesez unseren eigenen Weg. Das hätte sich auch bei der Ausführung des Gesezes gezeigt. Die Freisinnigen mögen ja ihre Intelligenz höher stellen, als die unfreie, aber trotzdem hat die konservative Partei ihre Stellung stets zu wahren gesucht.
Abg. Lieber (3.): Ich habe nicht erst heute mich für das allgemeine direkte Wahlrecht ausgesprochen; diese Forderung des Zentrums ist sehr alten Datums. Unsere abweichende Ansicht auf dem Gebiete des Wahlrechts wird uns aber nicht abhalten, wenn es sich sonst um verwandte Tendenzen handelt, mit den Konservativen zusammenzugehen, wie beim Jedzigschen Schulgesez. Die unheilvollen Folgen der direkten Wahlen kann ich nicht anerkennen; denn politische und kommunale Wahlen haben gar nichts gemeinsam. Wenn Herr von Kardorff seine Konsequenzen zieht bis zum Thron hinauf, so weiß ich nicht, was parlamentarisch darauf noch zu antworten wäre. An Königstreue werden die Freikonservativen uns nicht übertreffen. (Zustimmung im Zentrum.)
Abg. von Hene (3.): Herr von Kardorff sollte angesichts des Umstandes, daß das Zentrum jede Gesezgebung nach besten Kräften gefördert hat, zum Theil unter Zurückstellung seiner eigenen Forderungen, nicht solche Vorwürfe gegen dasselbe erheben. Mit wem sind denn die Freikonservativen gegangen? Mit den Freisinnigen, das sind Ihre Verbündeten! (Weiterkeit.)
Abg. von Kardorff: Die Königstreue der Herren vom Zentrum habe ich nicht verdächtigen wollen. Ich habe nur darauf hingewiesen, daß die Einführung der allgemeinen Wahlen die Nation schließlich dahin geföhrt hätte, auch die Wahl des Oberhauptes auf die allgemeine Wahl zu stellen. Den Freisinnigen ist es wohl mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts nicht so eilig. Denn sie würden ja hier kaum im Hause erscheinen; dafür würden lauter Sozialdemokraten erscheinen, namentlich aus Berlin.
Damit schließt die Debatte.
In seinem Schlusswort sich Abg. Richter (Dfr.) aus, daß ein Bedürfnis zum Bekenntnis

für das allgemeine Wahlrecht nicht vorhanden ist. Daß die Freisinnigen in Berlin Mandate verlieren würden beim direkten Wahlrecht, wissen wir, aber die Mandate sind doch nur Mittel, nicht Selbstzweck. Unser Antrag war nur eine Anregung für die weitere parlamentarische Verhandlung. Jedenfalls hat die Debatte eine gewisse Aufklärung gebracht. Die unveränderte Beibehaltung des Dreiklassen-Wahlrechts hat sich als unhaltbar herausgestellt, da das Zentrum und die Nationalliberalen ohne Abänderung des Wahlrechts keine neuen Steuergesetze machen wollen. Wie die Abänderung erfolgen soll, ist aber von keiner Seite angedeutet worden. Man wird vielleicht erkennen, daß eine Reform nicht möglich und sich dann vielleicht mit dem Gedanken an das Reichswahlrecht befreunden. Wenn sich als Ergebnis der Steuerreform eine Mehrbelastung der industriellen Bezirke herausgestellt, dann wird eine Abänderung der Wahlkreis-Einteilung allseitig gefordert werden. Bei dem Anwachsen der Wahlmänner-Kollegien sind die Wahlen fast nicht mehr durchzuführen. Allein entscheidend soll die Bevölkerungszahl nicht sein, aber mitentscheidend ist sie bei dem Gesetz von 1860 auch. Dieses Gesetz brachte eine endgültige Regelung nur insofern, als vorher bei jeder neuen Volkszählung eine neue Wahlkreis-Einteilung stattfinden mußte. Jetzt müßte statt der damals als Maßstab gebrauchten Zahl von 50 000 Einwohnern die Zahl von 70 000 angewendet werden. Eine periodische Revision verlangen wir nicht, wir verlangen, daß jetzt nach 30 oder 32 Jahren angesichts der veränderten Bevölkerungsverhältnisse eine Abänderung eintreten soll, damit nicht Verarmung zum Unfug und Wohlthat Plage wird. Eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten würde unrichtig sein, eher könnte eine Verminderung Platz greifen. Dabei könnte sich Niemand beklagen, wenn eine Neueinteilung der Wahlkreise stattfinden würde. Es handelt sich hierbei nicht um einen Gegensatz zwischen Stadt und Land, sondern um die einseitigen Interessen des Großgrundbesitzes, die aber im Herrenhause ausgiebig genug gewahrt sind. Aber selbst bei einer Neueinteilung der Wahlkreise wird hier von einer Majorisirung des platten Landes nicht die Rede sein können. Ueberhaupt sind hier lokale Fragen nicht entscheidend. Wir sondern uns nach politischen Grundrissen. Von der anderseitigen Verteilung der Mandate werden die Freisinnigen nicht ohne Weiteres Vorteil haben und wenn die Konservativen so müßig und intelligent sind, dann trauen sie doch auch dieser Eigenschaft und mißbrauchen sie nicht die mechanische Macht der Wahlkreiseinteilung. Wenn Herr v. Bennigsen erklärte, daß das liberale Bürgerthum nicht die ihm gebührende Stellung einnimmt, so gilt dies namentlich in Bezug auf die Einteilung der Wahlkreise. Ich habe auch heute keine vollständige Ablehnung gehört. Selbst der Minister und Herr v. Suene meinen nur, daß zur Zeit von der anderseitigen Einteilung der Wahlkreise nicht die Rede sein könne. Nachdem der Antrag seinen Zweck erreicht hat, kann ich den Antrag nur zurückziehen.

Damit ist diese Angelegenheit erledigt. Es folgt die Beratung des Antrages des Abg. v. Schalscha, welcher die Regierung auffordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Vorschriften der Einkommungskommmission bekräftigt werden sollen, wenn sie in Widerspruch mit der Steuererklärung eingeklagt haben, ehe die Angaben des Steuerpflichtigen geprüft sind.

Abg. v. Schalscha (Zentr.): Die Steuerklärungen werden angegeben auf Pflicht und Gewissen, und wenn das auch nicht für manche nicht gleichbedeutend ist mit einer eidesstattlichen Versicherung, so ist es doch für jeden Ehrenmann dasselbe. Redner verweist auf die Verhandlungen des Einkommenssteuer-Gesetzes und behauptet, daß das von ihm schon früher getadelte Verfahren der Einkommungskommission dem Gesetze widerspreche. Die Verfügung des Ministers werde nicht ausreichen; es werde zwar den Beamten angedroht, daß sie zur Verantwortung gezogen werden sollen; aber es fehle an jeder Strafbestimmung. Der Landrath des Kreises Goslar hat sich in dieser Beziehung besonders ausgeprochen; er hat die Steuerklärungen mißachtet. Wenn er trotzdem zum Polizeipräsidenten von Stettin befördert ist, so muß das im Publikum unliebsame Gefühl nachrufen und die Beamten werden eine solche Verantwortung nicht schwer empfinden. Die Mißachtung einer auf Pflicht und Gewissen abgegebenen Steuererklärung ist eine Ehrenkränkung, die auch eine gewisse Verächtlichkeit verdient.

Minister Herrfurth: Ich bin zweifelhaft, ob ich auf die Worte des Redners eingehen soll, denn Bemerkungen über die Beförderung einzelner Beamten gehören wohl nicht hierher. Eher der betreffende Herr befördert wurde, wußte ich nicht, daß er irgend etwas begangen haben sollte. Ich höre, daß er überhaupt nichts begangen hat und daß weiter keine Beschwerden gegen ihn vorliegen, als anonyme Briefe an Herrn v. Schalscha.

Minister Miquel bittet um Ablehnung des Antrages, weil schließlich kein Beamter vor einer Strafe sicher sein würde. Sollen die Mitglieder der Kommission, welche gegen eine Wahlregel gestimmt haben, auch mitbestraft werden? Die ganze Aufassung des Antragstellers von der Ehrenkränkung, die in der Nichtbeachtung der Steuerklärung liegen soll, ist unrichtig. Die Einkommungskommission verdienen nicht den Tadel, welchen Herr v. Schalscha ausgesprochen hat. Wenn sie nicht überall die Steuerklärungen beachtet haben, so liegt dies bei der Neuheit des ganzen Verfahrens, welches dem Publikum nicht sympathisch war. Wenn massenhafte Beanstandungen von Steuerklärungen notwendig waren, dann ist es entschuldbar, wenn bei der Kürze der Zeit diese oder jene Bestimmungen über das Verfahren nicht beachtet wurden. Ich kann das Ganz nur bitten, dem Antrag nicht stattzugeben, um so weniger, als ich die Versicherung gebe, daß ich dafür sorgen werde, daß die gesetzlichen Vorschriften strenger als bisher befolgt werden.

Abg. Wesfel (rl.): Die Steuereinschätzung ist kaum bedingt, der Minister kann noch gar nicht übersehen, ob die Vorschriften richtig verfahren haben, und schon ist Herr v. Schalscha mit seinem abfälligen Urtheil bereit. Er hätte damit wohl etwas zurückhalten sollen. Er hatte aber das Recht, sich auf den Erlaß des Ministers zu berufen. Der Minister wird, wenn er die Ergebnisse sehen wird, erkennen, daß er keinen Anlaß hatte, in irgend welcher Weise mit solchen Verfügungen einzugreifen. Dadurch würde das überflüssige Schreiben in ganz ungeheurer Weise vermehrt werden. Denn die Beamten haben zum großen Theil keine Ahnung davon, was eine Steuererklärung ist. Erst nach einer Beanstandung kamen manchmal brauchbare Antworten. Der Antrag ist vollständig verfrist.

Minister Miquel glaubt auch, daß die Mißstimmung nicht kommt von der Verletzung der Gesetzesvorschriften, sondern davon, daß die Steuerzahler mehr als früher bezahlen müssen. Jede Beanstandung soll mit den Steuerzahlern besprochen werden. Das geht vielleicht zu weit, aber es ist einmal vorgeschrieben und wir müssen erst erproben, wie die Sache geht.

Abg. Ludowieg (nl.) erkennt an, daß in der Nichtbeachtung der Steuerklärung allerdings eine Rückföchtigkeit liegt, aber eine direkte Ehrenkränkung könne er darin nicht sehen. Wenn er auch in der Tendenz mit dem Antragsteller übereinstimme, so könne er doch die Begründung nicht als eine glückliche anerkennen.

Nach einem Schlusswort des Antragstellers wird der Antrag zurückgezogen.

Schluß $3/4$ Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Gesetzentwurf, betreffend die Geheimhaltung der Steuerergebnisse, Petitionen.)

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 10. Mai, Nachmittags 5 Uhr.

Die Erbschaft für den verstorbenen Stadt. Weibauer findet am 31. Mai statt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die vom 18. Februar datirte Vorlage betreffend die Verpflichtung der Aktiengesellschaft Berliner Elektrizitätswerke zur Legung von Kabelleitungen in sämtlichen Straßen des im Vertrage vom 25. August 1888 bestimmten Stadtgebietes. Die Gesellschaft ist nach dem Vertrage verpflichtet, die Kabelstellungen in sämtlichen Straßen bis zum 1. Oktober 1892 herzustellen; sie legt nun dem Magistrat ein Verzeichniß derjenigen Straßen vor, in denen die Lieferung elektrischen Stromes voraussichtlich so bald nicht eintreten wird, und beantragt sie von der Legung von Kabeln in diesen Straßen so lange zu entbinden, bis das Verlangen nach Lieferung elektrischen Stromes gestellt wird. Zu den betr. 42 Straßen bzw. Straßentheilen gehören u. a. die Adlerstraße, Bauhofstraße, Giergasse, Al. Stralauerstraße, Kollengasse, Petrifstraße, Parochialstraße, Falkonerstraße, Rosmaringasse, Rittergasse, Stallstraße, St. Wolfgangstraße, Universitätsstraße, Schornsteinfegergasse, Weisenstraße, Haderentragasse, Kreuzstraße, Al. Kurstraße, Magazinstraße, Niederlagstraße, Der Krögel.

Der Magistrat hat das Ersuchen der Gesellschaft als billig anerkannt und die Zustimmung der Versammlung zu der Entscheidung der Gesellschaft von der qu. Verpflichtung nachgesucht; die Gesellschaft soll sich aber verpflichten, jederzeit auf Verlangen des Magistrats die Kabelstellungen in den betr. Straßen herzustellen. Der für die Vorlage niedergesetzte Ausschuss hat dem Magistratsantrag mit der weiteren Einschränkung zugestimmt, daß die Gesellschaft nach wie vor verpflichtet bleibt, unter dem im Vertrage gegebenen Voraussetzungen und Bedingungen jedem Bewohner dieser Straßen auf Verlangen elektrischen Strom zu liefern.

Die Ermittlungen wegen der f. B. auf der Köhlstrassenbrücke und am Spittelmarkt vorgekommenen, vermuthlich durch Defekte in den elektrischen Kabelleitungen herbeigeführten Gasexplosionen sind, wie im Ausschuss auf Anfrage erwidert worden ist, beendet, die Sachverständigen des Magistrats haben aber zu einem abschließenden Urtheil nicht gelangen können, und es wird noch das Gutachten eines hervorragenden, in jeder Beziehung unabhängigen Elektrotechnikers eingeholt werden. Zur Sicherung des städtischen Werksystems gegen weitere Unglücksfälle seien die Elektrizitäts-kabel verpflichtet worden, bei Kabelstellungen, welche neben den Gasröhren verlaufen, 30 Zentimeter, bei Ueberleitungen 10 Zentimeter Abstand inne zu halten resp. unverzüglich herzustellen.

Der Gegenstand hatte schon auf der Tagesordnung der Sitzung vom 21. April gestanden, war aber mit Rücksicht auf einige Petitionen, für deren Begründung noch weiteres Material in Aussicht gestellt war, abgelehnt worden. Das angehängte Material ist inzwischen eingegangen, desgl. eine von einer Interessentenversammlung beschlossene Resolution.

Eingereicht sind zwei Anträge, welche die Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuss und die Ueberweisung der Resolution an den Ausschuss zur Berichterstattung begehren. Die Resolution verlangt eine Revision des Vertrages in der Richtung der Freigegebung der Installationen, Herabsetzung des Tarifs u. s. w.

Referent Direktor Schwalbe empfiehlt die Zurückverweisung der gesamten Angelegenheit in den Ausschuss. Die Versammlung beschließt demgemäß.

Den Erwerb des Grundstückes Breitestr. 21 von der Wadzeckanstalt zum Preise von 360 000 M. hatte der Magistrat in einer vom 9. April er. datirten Vorlage der Versammlung vorgeschlagen. Inzwischen war aber bereits am 8. April das fragliche Grundstück von dem Verein zur Verwaltung der Wadzeckanstalt durch notariellen Vertrag an den Kaufmann Louis Oppenheim zu einem höheren Preise verkauft worden. Der Magistrat zieht angesichts dieses Umstandes durch Schreiben vom 7. Mai die Vorlage zurück.

Zu der Auskunftsverhandlung über die Vorlage ist getadelt worden, daß in dieser wichtigen und als eilig anzusehenden Angelegenheit seitens des betr. Bureau eine unliebsame Verzögerung stattgefunden hat, da die Magistratsvorlage erst am 8. April an die Versammlung abgegeben wurde, während schon am 8. März dem Verein durch die Baudeputation von dem bezüglichen Magistratsbeschlusse Kenntnis gegeben worden war, und der Ausschuss beantragt, das lebhafte Bedauern hierüber dem Magistrat in einer besonderen Resolution auszusprechen. Ebenso hat das von der Anstalt dem Magistrat gegenüber beobachtete Verfahren das Mißfallen des Ausschusses erregt, und nach einem zweiten Antrage desselben soll die Versammlung erklären, daß dieses Verfahren nicht als ein solches angesehen werden kann, wie es unter Behörden üblich zu sein pflegt. Der Magistrat bemerkt seinerseits in dem Schreiben, womit er die Vorlage zurückzieht, daß wenn der Verein die Beschlussfassung über die Angelegenheit über den gewöhnlichen Geschäftsgang hinaus beschleunigt wissen wollte, es den Gepflogenheiten im Verkehr zwischen Behörden und Stiftungen wohl entsprochen hätte, wenn der Verein vor dem Abschluß eines anderweitigen Verkaufes dem Magistrat von dieser seiner Absicht wenigstens Kenntnis gegeben hätte.

Bürgermeister Jelle: Der neue Erwerber hat gestern dem Magistrat die Offerte gemacht, das inzwischen von ihm erworbene Haus zu demselben Kaufpreise zu cédiren. Der Magistrat hat darüber zunächst noch zu beschließen.

Angesichts dieser Erklärung wird die Angelegenheit von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Das neue Statut der Studbe-Stiftung (für alte, bedürftige, uneheliche Lehretinnen) empfiehlt der Ausschuss zu genehmigen und die vom Magistrat geforderte Beihilfe von 3000 Mark zu bewilligen, jedoch nicht als einmalige Beihilfe, sondern für das Etatsjahr 1892/93.

Die Versammlung tritt den Ausschussbeschlüssen bei. Dem Komitee für Einrichtung von Kursen für Lehrer zur Ausbildung in Jugend- und Volksspielen zu Berlin wird eine einmalige Beihilfe von 300 Mark zur Beschaffung von Spielgeräthen aus städtischen Mitteln gewährt.

Mit der Inangriffnahme der Ausführung der bereits genehmigten Straßen 5a und 5b und der Uferstraße nebst einer an dieser belegenen Boot-Anlagestelle auf den städtischen Grundstücken Köpenickerstr. 8-6 erklärt sich die Versammlung einverstanden und stellt als erste Rate 150 000 M. zur Verfügung.

Zur Enteignung einer Fläche von 1333 Quadratmetern vom Grundstück Stallstr. 79-88 beifügt Freilegung der Stallstrasse gibt die Versammlung ihre Zustimmung. Die Vorlage, betreffend den Abschluß des Lagerbuches der Stadtgemeinde Berlin für 1890/91, geht an den Rechnungsausschuss.

Zur Regulierung des Planwerks zwischen der Kottbuser- und der Admiralsbrücke ist der Erwerb eines fiskalischen grünen Landstreifens von 400 Quadratmetern erforderlich. Der Prästus (Ministerial-Baukommission) fordert 3,50 M. für den Quadratmeter.

Der Magistratsantrag wird genehmigt. In die Armenverwaltung wird Stadt. Hammerstein gewählt.

Endlich erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Heimstätte für genesende Wöchnerinnen zu Wantaufsee bis auf Weiteres auch mit weiblichen Reconvaleszenten, die in der Heimstätte zu Wantaufsee wegen Platzmangels keine Aufnahme finden können, belegt werde, soweit diese Heimstätte nicht von Wöchnerinnen in Anspruch genommen wird.

Ein dringlicher Antrag des Stadt. Vorkmann verlangt die Beilegung der stenographischen Verhandlungen über die Schloßplatz-Angelegenheit vom 5. und 12. Mai zum Kommunalblatt.

Stadt. Vorkmann verweist darauf, daß dieser Antrag schon in der vorigen Sitzung vorgelegen hat, damals aber mit den übrigen Anträgen für erledigt erklärt worden ist.

Stadt. Löwel hält die Sache für genügend erörtert und bittet, sie endlich zu begraben.

Stadt. Vorkmann: Der Antrag ist ausgegangen von unbefol deten Gemeindefreunden. Diese haben eine so horrende Arbeitslast für die Stadtgemeinde Berlin zu leisten, daß bei einem solchen Petition der etwaige Kostenpunkt nicht in Betracht gezogen werden sollte. Wenn diese Herren sich eingehend und gründlich über die städtischen Angelegenheiten und vornehmlich unterrichten wollen, müssen wir ihnen jede Gelegenheit dazu geben.

Der Antrag wird abgelehnt, nachdem auch Stadt. Meyer II die Sache für endgültig abgethan erklärt hat. Schluß $6/4$ Uhr.

Tokales.

Arbeiter-Bildungsschule, Kursus für Nationalökonomie. Eine schwere Halsentzündung nöthigt mich, den Unterricht am 22. Mai ausfallen zu lassen. Wiederbeginn des Unterrichts: 29. Mai. Dr. Bruno Schönant.

Achtung! Genossen im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Sonntag, den 22. Mai, früh 8 Uhr, bei Böhl, Frankfurt Allee 74, findet Flugblätter-Vertheilung statt. Um zahlreiches Erscheinen, insbesondere der Mitglieder des Vereins, ersucht Der Vorstand.

Der gegenwärtige Rektor der Berliner Universität, Prof. Dr. Förster, ist ein verdienstvoller Forscher und ein freidenkender Mann, aber er besitzt eine selbst für einen Gelehrten außerordentliche Naivität. Er bildet sich nämlich ein, daß der Kern der Studentenschaft aus den Studenten bestehe, welche studiren, und um der Studentenschaft eine gemeinsame Vertretung zu schaffen, machte er ihnen den Vorschlag, einen Studenten-Ausschuss zu wählen. Selbstverständlich fiel der Rektor, wie wir voraussetzten, mit diesem Vorschlag gründlich herein. Denn wie kann man verlangen, daß ein ganz gewöhnlicher Student, der seine Universitätszeit ernstlich studieren und würdigen Gemüthen widmet, ebenso viel zu sagen haben soll wie einer jener großspurigen und doch so servilen, pomadentenden Koulureur-Studenten, der das bunte Band trägt, um seiner Schnitte im Gesicht halber nicht mit einem Patent-Louis verwechselt zu werden. So ein Korps von 8 Mitgliedern will doch zum mindesten ebenso viel zu bedeuten haben wie eine „Klasse“ von 1000 tüchtigen und dem Studium lebenden Studenten. So ist denn auch von den Koulureuren der Vorschlag des Rektors abgelehnt. Bei etwas weniger Naivität konnte Herr Förster das voraussehen. An das Korpsstudententum reicht seine Machtsphäre nicht. Er sollte einmal versuchen, gegen dasselbe auch nur das Gesetz anzuwenden! Das Korpsburschentum steht über dem Gesetze! Ja, das Besetzen der Korps ist schon wideregalisch; denn sie verpflichten ihre Mitglieder zur Uebertretung des Gesetzes. Der Eintritt in das Korps verpflichtet seine Mitglieder zum Duell, eine durch das Gesetz verbotene Handlung. Wollte Herr Dr. Förster, wozu er als Rektor verpflichtet wäre, das Gesetz anwenden, er würde sich an den Korps die Zähne ausbrechen. Der Staat ist kein moderner Kulturstaat, wenn er auch Professoren anstellt; und es fehlt ihm auch noch viel zum Rechtsstaat, wenn er auch tausend Reichsfunkdige anstellt; wie über dem Recht die Polizei, die Verwaltungsmaximen, so waltet über der Kultur die Junkerbarbarei.

Die Maßregelungen von Parteigenossen wegen Beilegung an der Naifeier hören noch immer nicht auf. Heute haben wir von zwei Fällen zu berichten, die in der Umgebung Berlins sich zugetragen haben. Der Vorstand des Landwehrvereins in Rüdersdorf hat das Vaterland insofern gereizt, als er vor einigen Tagen drei Vereinsmitglieder vor sein Forum stürzte und diesen ersetzte, daß sie aus dem Verein ausgeschlossen worden seien, weil sie am 1. Mai an einem Arbeitstage in der Boltersdorfer Schleuse theilgenommen hätten. Die diesbezügliche Anzeige hatte der Vendarn erhalten. Nun, unsere Genossen werden sich zu trösten wissen, die Zugehörigkeit zum Rüdersdorfer Landwehrverein ist durchaus nicht notwendig zu einem sonstigen vernünftigen Dasein.

Der Fall zwei ist aus Neu-Kuppin zu vermelden. Dem dortigen Buchhändler Otto ist folgendes Schreiben zugestellt worden:

1. „Neu-Kuppin, 5. Mai 1892. Auf Befehl des Herrn Hauptmann v. Trossel theile Ihnen mit, daß derselbe Ihnen das Betreten des Kompagnie-Reviers hiermit auf das Strengste untersagt und ein Verlassen von Räubern pp. an Unteroffiziere und Mannschaften der Kompagnie verbietet. H. V. Maxß, Feldwebel.“

2. „Neu-Kuppin, 8. Mai 1892. Den Unteroffizieren und Mannschaften ist der Weiterbesuch der von Ihnen gelieferten Zeitschriften pp. unter sagt und wird Ihnen seitens der Kompagnie das Betreten der Kasernenreviere auf das Strengste verboten. Töpfer, Feldwebel der 7. Kompagnie, Ludwigslustern.“

Politische Schriften hat der Buchhändler Otto nie in die Kaserne gebracht, er hat aber an der Naifeier theilgenommen.

Unsere politischen Gegner wissen sich bekanntlich vor moralischer Entrüstung gar nicht zu lassen, wenn unsere Genossen einen Gastwirth oder Saalhaber boykotten, weil er es durch die Weigerung, seine Lokalitäten benutzen zu lassen, den Genossen zur Unmöglichkeit macht, in dem betreffenden Orte eine Versammlung abhalten zu können. Wir haben es sogar schon erlebt, daß die Aufforderung, den Saalhaber so lange nicht zu besuchen, bis und sein Saal ebenso zur Verfügung gestellt wird, wie allen anderen politischen Parteien, streng bestraft worden ist. Sobald die Sozialdemokratie also aktiv in einen Boykott eingreift, ist das ein Verbrechen. Wenn aber die „Hantscherhaltenen“ Parteien zu dem Mittel des Boykotts greifen, um einen Sozialdemokraten wirtschaftlich zu ruiniren, so heißt es sofort: Ja, Bauer, das ist etwas Anderes.

Das Ganze nennt sich dann im Deutschen Reiche gleiches Recht für Alle! Eine schöne Gleichheit!

Die Tannen werden nicht alle. Am Mittwoch Abend fand wieder eine zahlreich besuchte Versammlung der Mitglieder der „Zukunft“ statt. Der Direktor Steuk war selbstverständlich nicht erschienen. Was hat er sich um die Angriffe der Mitglieder seines Vereins zu kümmern? Mögen sie schimpfen, wenn sie nur zahlen! Es ist schön, wenn Herr Meyer sagt: „Wir wollen aus der Zahl der Mitglieder einen Vorstehen wählen, und nicht den Herrn Direktor fett machen“, aber er und die sämtlichen Mitglieder haben hierin gar nichts zu entscheiden. Und wenn sie in der nächsten Generalversammlung auch beschließen wollten, falls der Herr Direktor den Gegenstand, der statutenwidrig ist, überhaupt auf die Tagesordnung setzt — den Herrn Direktor abzusetzen, so kann dieser ruhig darüber lachen. Er bleibt doch Direktor und behält die Hand auf den Geldern, die immer noch an die Kasse geliefert werden. Seit Jahren haben wir schon diese „Zukunft“ beleuchtet und die Zukunft dieser „Zukunft“ vorausgesagt. Der Verein ist nur ein Anhangsel der Vereinsgründer. Die Vereinsform ist zur Anlockung von Mitgliedern genöhigt, die im Wesentlichen nichts zu sagen haben und denen nur ein kleiner Spielraum gegeben ist, innerhalb dessen sie sich einbilden können, ein Verein zu sein. Der Direktor ist nicht wegen der Mitglieder da, sondern die Mitglieder wegen des Direktors.

In der Spandauer Stadtförst pastren entfehlende Dinge. Man höre nur, was der „Anzeiger für das Havelland“ zu berichten weiß:

„Daß in der Stadtförst doch stellenweise recht verdächtige Gestalten auftauchen, haben gestern wieder mehrere Spaziergänger wahrgenommen. Dieselben schenken

Kirche zu Frankfurt a. M., ferner die Porträts von Schmerling, Karl Vogt, Köhler aus Dels, Franz Jäger und Nees von Emsbach.

Das Werk wird in ca. 22 Lieferungen à zwei Bogen Großoktav komplett vorliegen. Alle 14 Tage erscheint ein Heft zum Preise von 20 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, F. D. V. Dieb/Verlag) ist und soeben die Nr. 10 des 2. Jahrganges ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Zweierlei Maß und Gewicht. Die Arbeiterinnen und die Waise. Oesterreichischer Frauentag. Internationaler sozialistischer Arbeiter-Kongress in Zürich 1893. Ungenannte Heldinnen. Feuilleton: Das Weichen. Von S. Oulel. Arbeiterinnenbewegung. Kleine Nachrichten.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1892 unter Nr. 2564a) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Inzeratenpreis die zweigespaltene Pettizeile 20 Pf.

Vermishtes.

Schiffuntergang. Die deutsche Bark „Sirene“ von Wilmington nach Liverpool mit einer Ladung Thee und Harz bestimmt, ist am 15. April cr. zwei Tage nach der Abfahrt, gesunken. Der Kapitän und 7 Mann der Besatzung wurden durch die deutsche Brigg „Doktor Witte“ aufgenommen und in Bremerhaven gelandet. Die übrige Besatzung von 3 Mann wurde auf einer russischen Bark geborgen.

Ein alter Baum. Im Schlosspark zu Hampton Court (bei London) geriet dieser Tage eine Eiche in Brand, welche 1100 Jahre alt sein soll. Der Baum war eine der größten Eichen in England. Obwohl die Feuerwehre bald erschien, konnte die riesige Eiche nicht gerettet werden.

Heberschwemmung. Aus New-Orleans wird gemeldet: Das untere Ende des Damms von St. Louis gab gestern nach; der Durchbruch ist jetzt 275 Fuß breit. Heute lief die Meldung ein, daß der Damm auf der Ostseite des Mississippi 7 Meilen

unterhalb St. Louis auch durchbrochen sei. 55 Familien sehen ihrem Untergang entgegen, wenn sie nicht aus ihrer gefährlichen Lage befreit werden.

Durchbrecher. Der Postpaketbote Peter Magien aus Speyer ist nach Unterschlagung eines an die Regierung adressirten Geldbriefes mit 6270 M. nach der Schweiz geflüchtet.

In Zürich ist der Maler Arnold Boedlin von einem Schlaganfall betroffen worden, der eine halbseitige Lähmung zur Folge hatte. Der Zustand des Kranken ist nicht unbedenklich.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Paris, 19. Mai. In einem heute im Cluse abgehaltenen Ministerathes legte der Justizminister Ricard dem Cabinet einen das Pfrechgesetz abändernden Gesetzentwurf vor. Auf Grund desselben wird die Verleitung zum Diebstahl mit Strafe belegt, die Strafe für eine an die Arme gerichtete Aufforderung zum Ungehorsam verschärft. Ferner giebt der Entwurf den Behörden das Recht der Präventivbeschlagnahme von Zeitungen und der Präventivverhaftung von Journalisten.

Briefkasten der Redaktion.

S. B. Die Genossenschaftsbücherei befindet sich Müllerstraße 89/94a.

66. W. R. Da müssen Sie sich an den Armenvorfesher wenden.

M. 2. 101. Die Fragen sind besser mündlich zu beantworten. Holen Sie sich daher die Antwort persönlich.

J. B. 100. Wird demnächst in entsprechender Weise veröffentlicht.

Weissensee 105. U. S. Die Frau kann die Ehebrecherin nur dann zur Strafe ziehen, wenn ihre Ehe wegen Ehebruchs gescheitert ist. Dann kann sie gegen den schuldigen Gatten sowie dessen Mitheldige den Strafantrag wegen Ehebruchs stellen.

J. M. Der Bericht über den Singsang-Auszug der Musik-Instrumenten-Arbeiter kommt doch etwas zu spät.

M. S., Bankstrafe. 1. Der Stiefvater ist zur Erhaltung der Stiefkinder nicht verpflichtet. Richten Sie eine neue Eingabe an die Armenverwaltung, in der Sie mittheilen, der Stiefvater wolle für Nichts aufkommen. 2. Falls solche Sachen gepfändet werden, sei es wegen Steuern oder anderer Schulden des Mannes, so kann die Braut interveniren.

G., Sophienstr. Anträge auf Bestattung der Namensänderung sind an das Polizeipräsidium zu richten, haben aber nur, wenn ganz gewichtige Gründe vorliegen, Aussicht auf Erfolg.

K. M., Raunynstr. Das ist nur die Staats-Einkommensteuer; dazu kommt noch die städtische, welche 70 pEt. der ersteren beträgt; die Veranlagung der Steuerstufe ist bei beiden Steuerarten dieselbe.

J. 2. Jeder Anspruch gegen den Möbelhändler wegen Mängel der gelieferten Sachen verfährt in 6 Monaten. Sie können also Nichts mehr thun.

L. A. Sie können, da eine Kündigung weder mündlich noch schriftlich ausgemacht ist, Ihre Portierstelle jederzeit ohne Kündigung aufgeben.

B. B. 500. Wir können Ihnen leider keinen Rath geben. Der Pfandleiher ist, wenn bei der Auktion der Betrag der Darlehnssumme nebst Zinsen nicht voll gedeckt wird, das Fehlende von Ihnen zu verlangen und eventuell einzulagern.

10 000 L. G. Warum sich unnütz den Kopf über die Erbschaft von einem noch Lebenden zerbrechen? Denken Sie den Fall, er überlebt Sie, dann ärgern Sie sich noch im Grabe darüber. Uebrigens sind Sie in keiner Weise Erbe Ihres Stiefvaters.

F. W. 20. Das Gesetz betreffend die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften ist nunmehr amtlich verkündet. Dasselbe ist vom „Vorwärts“ in Nr. 115 vom 18. Mai an der Spitze der „Politischen Uebersicht“ abgedruckt. Die verschiedenen Fragen über den gleichen Gegenstand sind hierdurch erledigt.

G. S. Sie und Ihre Brüder sind gesetzlich verpflichtet, sich wechselseitig zu ernähren. Die Verleidigungsaklage gegen den Arzt wird keinen Erfolg haben.

W. C., Friedrichsberg. Ihre Mittheilungen, die Sie von einer Arbeiterin aus einer Fabrik in der Dresdenstraße haben, sind so unverständlich und allgemein gehalten, daß wir keinen Gebrauch davon machen können. Veranlassen Sie doch die Arbeiterin, selbst zu uns zu kommen.

Fachverein d. Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonnabend, den 21. Mai, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung in Drigmüller's Lokal, Alte Jakobstr. 48a.

1. Die neuen Arbeiterzuschüsse. Referent: Genosse Kestler. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum Kranken-Unterstützungsfonds. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Montag, den 20. Juni 1892: Grosses Sommer-Fest in der „Neuen Welt“ verbunden mit Concert, Specialitäten, Feuerwerk.

Billets sind zu haben beim Kollegen Wittig, Wienerstr. 83, II.; Böler, Raunynstr. 24, IV., und sämtlichen Vorstandsmitgliedern. Der Vorstand.

General-Versammlung des Vereins der Militär-Schneider Sonnabend, Abends 8 1/2 Uhr, bei Horbert, Genthstr. 22, 1 Cr.

1. Wie stellen sich die Mitglieder zu dem Antrage des Vorstandes, betreffs Ausschusses des Kollegen Adler. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom letzten Quartal. 4. Verschiedenes und Fragelasten. Kollegen, die dem Verein als Mitglieder beitreten wollen, haben zu dieser Versammlung Zutritt. 419/10 Der Vorstand.

Gr. öffentl. Versammlung mit Damen aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen Sonntag, den 22. Mai, Abends 6 1/2 Uhr, in den Gratzweil'schen Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79, (oberer Saal.)

Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Dr. Wolf über die Geschichte der Ehe und die Stellung der Frau in der Gegenwart. Nach dem Vortrage: Geselliges Beisammensein und Tanz. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Einberufer.

Versammlung des Lehrkursus der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen am Sonntag, den 22. Mai, Nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Pyritek, Gipsstraße 3.

Tages-Ordnung: Vortrag des prakt. Arzts Herrn Dr. Christeller über ansteckende Krankheiten. Diskussion. Verschiedenes. Vorher (von 3 Uhr ab): Familien-Kaffeekochen. Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein. 208/7 Die Bibliothek ist am 22. d. M., Vormittags von 10-11 Uhr, bei Feuerwein geöffnet. Die Bremserpartie soll am 19. Juni stattfinden. Meldungen beim Kassirer. J. A.: Gustav Dietrich, Wilsbalde-Alexisstr. 40.

Mächtung! Maurer! Mächtung! Sonntag, den 22. Mai, Vorm. 10 Uhr, im Lokale „Süd-Ost“, Waldemarstraße Nr. 75:

Versammlung der Zahlstelle II des Zentral-Verbandes. Tages-Ordnung: 1. Wissenschaftlicher Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Alle Maurer sind dazu eingeladen. 892/2 Die örtliche Verwaltung.

Schöneberg. Freie Vereinigung der Bau- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Schönbergs und Umgebung.

Sonntag, den 22. Mai, Mittags 12 Uhr, in Jakob's Salon, Granewaldstraße Nr. 110: Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Abrechnung vom I. Quartal. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Wahl der Fachkommission. 5. Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen. 121/11 Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Um pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Drucksachen jeder Art liefern gut u. zu soliden Preisen **Wachtung!** Böllhoff & Schumann, Zeltwerfstr. 17. Südwesten.

General-Versammlung des Vereins der Bau-Anschläger Berlin West. am Sonntag, den 22. Mai, Mittags 10 Uhr bei Seefeld, Grenadierstr. Nr. 33.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Neuwahl des gesammten Vorstandes. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Um rege Theilnehmung ersucht 181/6 Der Vorstand. NB. Der Arbeitsnachweis des Vereins befindet sich bei Springborn, Wabaisstr. 12, Telephon-Anschluß Amt 7 b Nr. 609.

Glaser. Sonnabend Abends 8 1/2 Uhr bei Gratweil Grosse öffentliche Agitations - Versammlung.

Vortrag des Genossen Türk: „Herabdringung und Vertheilung.“ 161/10 Die Vertrauensmänner.

Ung. Deutscher Sattlerverein. Versammlung am Sonntag, den 21. Mai, Abends präz. 8 1/2 Uhr, bei Wienecke, Alte Jakobstraße 69.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Gen. Franz Berndt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste, besonders Damen, sind sehr willkommen. Der Vorstand. NB. Ausgabe der Billets zu der am Sonnabend, den 9. Juli, stattfindenden Dampferpartie verbunden mit Sommer-nachts-Ball in der Borussia-Brauerei, Nieder-Schönweide. 265/19

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler und anderer gewerbl. Arbeiter. (E. S. Nr. 3 Hamburg.)

Ortl. Verwaltung Berlin A. u. H. Montag, den 23. Mai, Abends 8 Uhr.

Mitglieder-Versammlung im Lokale Süd-Ost, Waldemarstr. 75. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Versammlung vom 16. Mai. 2. Statutenberathung. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimirt. Jedes Mitglied ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen. 800/15 Die Ortsverwaltungen.

Rummelsburg. Öffentl. Versammlung des Arbeiter-Vereins für Rummelsburg u. Ung. Sonntag, den 22. Mai, Mittags 11 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Borchmann, Berlinstraße Nr. 11.

Tages-Ordnung: 1. Der Weltuntergang eine Frage der Zeit. Referent: Gen. Roland. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht 110/6 Der Vorstand.

Alte Stiefel für Herren, Damen und Kinder reell und billig Raunynstraße 2. Auch Schlafstelle für Genossen. 95b

Stroh Hüte werden gewaschen und auf den neuesten Formen modernisiert bei H. Böhm, Charlottenburg, Krummestr. 88. [84b

Hüte mit Kontrollmarken aus der Genossenschafts-Hütefabr. zu 3, 3,50, 4, 5, 6 M. Cylinder eigener Fabrikation zu 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 u. 12 M., empfiehlt Paul Drenske Nachf., Oranienstr. 172.

Casseler ohne Knochen, à Pfd. 75 Pf. Auch in einzelnen Pfunden. **F. Nietsch, Schächtermeister, Friedrichstr. 245, Wilhelmstr. 109/110.**

Friedrichshagen. Sonnabend, d. 21. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, **Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins im Gesellschaftshaus.** 1. Vortrag des Hrn. Dr. Zadek über Schwindsucht. 2. Diskussion. 3. Vereins-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes. 5. Fragelasten. 378/20 Der Vorstand.

Unserem Freunde Konrad Vahelt s. J. 28. Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß der ganzen Dömgasse mullig wird. Exer. ins Geld. Die Fremdwörterstudien-Genossen. 66b E. S. R. Z. E. S.

Unserm Kollegen und Genossen **Adolf Wunsch** zum heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß die ganze Dögmühle wackelt. Ueberzunge merkte nicht! 63b R. R. G. R. G. L. P. Sch. S.

Achtung für Gast- u. Schankwirthe. Empfehle mich zur Anfertigung von Spülwannen mit u. ohne Selbstregulirung unter 3jähriger Garantie zu verschiedenen Preisen. A. Klitzing, Klempner, Wrangelstr. 60a. NB. In Thätigkeit zu sehen beim Gastwirth Schmalonsky, Wrangelstr. 60a.

Codes-Zuzüge. Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter. Den Kollegen zur Nachricht, daß der Klavierarbeiter **Karl Haffner** am Mittwoch, den 18. Mai, Vormittags 9 Uhr, verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 22. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Theilnehmung bittet 436/6 Der Vorstand.

Empfehle Genossen, Freunden und Kollegen mein **Weiß- und Fairisch-Bier-Lokal.** Louis Adolph, 94b Boedstr. 46.

Empfehle meine **Strumpfs- u. Wollwaaren** mit Kontrollmarken; auch werden **Strümpfe** angefrischt. **Robert Wengels,** 41 Roppenstr. 41.

Brot, Kaffee, Butter, sowie alle Kolonialwaaren u. Mühlenfabrikate kaufen Sie am besten und billigsten in der **Verkaufsstelle der Genossenschafts-Bäckerei** **Schwedterstr. 20,** Ecke Chorinerstraße.

Kreißsäge, Bohrm. u. Würtensab., Tischlerwerkz., Balanc., Transmiss., Treibr., Komptoirpulte etc. sehr bill. wog. Aufg. des Betr. Harmonikasab. Demminersstraße 6. 66/16

Restaurant billig zu verkaufen. In ertragen Cu r n t r. 24, b. Polandt.

Restauration nahe der Dranienstraße, passend für Genossen, verlauf. 78b Sent, Etalierstr. 18.

Großverkauf der Genossenschaft, Langestr. 96, nahe der Krautzstr., bei 79b **Moritz Voigt.**

Rissen-Geschäft mit großer Kundschaft, 54 Jahre bestehend, ist zu verk. Nöh. Schützenstr. 15 im Restaurant. [89b

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23 Sp.**

Alte Stiefeln verk. Gen. Lehmann, Diniensstraße 6. 87b

Möbel-Aufbewahrung. Verpackung, Versicherung, Verwahrung ohne Umladung. BERLIN S. O. Köpenicker Str. 127.

1 schönes Dreibett, Unterbett, 2 Kissen, sof. f. 22 M., Briegerstr. 10, vorn part.

Sophabezüge! Kasse in Ripz, Damast, Granit, Plüsch u. bun. Stoff, spottbillig. Emil Ledvre, Oranienstr. 158. Proben franko!

2 Schlafstellen für Schuhmacher 92b Weidenweg 81, v. II.

Arbeitsmarkt. Konleaur-Schablonierer finden auf Mittelfachen dauernde Beschäftigung Wienerstr. 56. 91b